

GGG Journal

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.



Alle inklusive – von Beginn an!

So lautet das konsequente Fazit der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, die das deutsche Bildungssystem im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention betrachten. Ein Gastbeitrag von Karin Evers-Meyer.

Seite 3 f

Aufbruch, Durchbruch und Stabilisierung

Die GGG ist in diesem Jahr 40 Jahre alt geworden, Anlass und Gelegenheit für einen Rückblick. Die ersten 20 Jahre, von der Gründung 1969 bis 1988, fasst Joachim Lohmann, GGG-Bundenvorsitzender von 1974-1980, zusammen.

Seite 5 ff

Serie Organisationsskizzen – Max-Brauer-Schule

Im fünften Beitrag der Serie skizzieren Lothar Sack und Barbara Riekmann die Max-Brauer-Schule in Hamburg, die gastgebende Schule des diesjährigen GGG-Bundeskongresses und Trägerin des Deutschen Schulpreises 2006.

Seite 9 ff

„Bildung ist ein Recht und keine Ware“

Vernor Muñoz, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, sprach im Juni vor 300 Zuhörern in Oldenburg. Ermöglicht wurde dies u.a. von GGG und GEW, die die von Ulf Riebau organisierte Veranstaltung maßgeblich mitfinanzierten.

Seite 13

INHALT

Bildungs-Politik

Alle inklusive – Das deutsche Bildungssystem und die UN-Behindertenrechtskonvention 3

GGG-Intern

GGG – Die ersten 20 Jahre: Aufbruch, Durchbruch und Stabilisierung 5

Serie

Organisationsskizze Max-Brauer-Schule Hamburg 9

Bildungs-Politik

Bildung ist ein Recht und keine Ware 13

Gewerkschaftstag der GEW 14

Aus den Ländern 15

GGG-Intern

Der Bundeskongress boomt 19

Kommentar 20

IMPRESSUM

GGG-Journal – Heft 3/2009

vom 1. September 2009

ISSN 1868-4963

32. (40.) Jahrgang

Herausgeber: GGG – Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa Lohmann, Dr. Klaus Winkel, Wolfgang Vogel (Koordination), Dr. Michael Hüttenberger (presserechtlich verantwortlich)
Hauptstraße 8, 26427 Stedesdorf,
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Vertrieb: GGG-Bundesgeschäftsstelle,
Hauptstr. 8, 26427 Stedesdorf,
Telefon: 04971/94668-0
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Das GGG-Journal erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis beträgt jährlich € 17,- (einschließlich Versand). Der Einzelpreis des Heftes von € 5,- ist für GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Auflage: 4.000 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH
Layout: Waso Koulis, Christa Gramm
Illustration: Ingrid Freihold

Die nächste Ausgabe erscheint am: 1.12.2009
Redaktionsschluss: 20.10.2009

... vorab bemerkt

Liebe Gesamtschulfreunde und -freundinnen,

fünf Landtags- und eine Bundestagswahl hat das Super-Wahljahr 2009 zu bieten, und man muss kein Prophet sein, um zu prognostizieren, dass am Ende schwarz und gelb die dominierenden Siegesfarben sein werden.

Hessen hat im Januar den (ungeplanten) Anfang gemacht, wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser diese Ausgabe des GGG-Journals in den Händen halten, stehen die Wahlen in Sachsen, Thüringen und im Saarland unmittelbar an.

Während sich in den beiden ostdeutschen Bundesländern die regierende CDU und der künftige Partner FDP klar zum gegliederten Schulsystem bekennen, gibt es in der Bevölkerung einen weitgehenden Konsens zugunsten des längeren gemeinsamen Lernens: 70% der Bevölkerung in Thüringen favorisieren dies. Die Regierung interessiert dies herzlich wenig – vielleicht führt diese Ignoranz ja wenigstens in Thüringen zu einer Überraschung, wenn die führenden roten Protagonisten es vermögen, ihre persönlichen Eitelkeiten hintanzustellen.

Wie im Saarland – im ältesten Beitrittsgebiet könnte es für Rot-Rot mit Grün und damit für längeres gemeinsames Lernen reichen.

In Schleswig-Holstein steht – gemeinsam mit der Bundestagswahl – eine kurzfristig vorgezogene Landtagswahl an, schwarz-gelbe Mehrheiten sind zu erwarten. Nicht auszudenken, welche Folgen dies insbesondere für die dortigen Gemeinschaftsschulen haben könnte.

Eingebettet in diese für das längere gemeinsame Lernen (und natürlich nicht nur dafür) entscheidenden Umengänge findet der 31. GGG-Bundeskongress in Hamburg statt. Er verspricht Vielfalt, Lebendigkeit und Aufbruch – und er ist seit Ende Juli ausgebucht. Alle, die es versäumt haben, sich anzumelden und dennoch kommen wollen, finden nützliche Hinweise in dieser Ausgabe des GGG-Journals.

Mit der „Organisationsskizze“ zur Max-Brauer-Schule in Hamburg folgt der fünfte Beitrag dieser Serie, wir erweisen der Kongressgastgeberin damit ihre verdiente Referenz.

Die GGG feiert in diesem Jahr ihren 40. Geburtstag – Anlass und Gelegenheit zu einem Rückblick. Teil 1 – 1969 bis 1988 – übernimmt Joachim Lohmann, Teil 2 von Anne Ratzki folgt in der nächsten Ausgabe des GGG-Journals.

Im Fokus dieser Ausgabe steht einmal mehr die Inklusion. Wir freuen uns über einen Gastbeitrag der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer. Berichte über den Gewerkschaftstag der GEW in Nürnberg und den Besuch des UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Bildung Vernor Muñoz in Oldenburg vervollständigen den bildungspolitischen Teil. Im Kommentar befasst sich Gerhard Lein mit den Perspektiven des längeren gemeinsamen Lernens in der Kongressstadt Hamburg. Die Länderberichte dürfen natürlich nicht fehlen und wie gewohnt finden Sie auch diese Ausgabe des GGG-Journals im pdf-Format auf den GGG-Webseiten. Diese werden derzeit (im Hintergrund) neu gestaltet und im Dezember mit neuem Design ins Netz gestellt.

Und nun hoffe ich mit Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, dass wir das Superwahljahr alle super überstehen, wünsche eine nachhaltig informative Lektüre und freue mich auf viele Begegnungen beim Bundeskongress in Hamburg.

Ihr


BILDUNGS-POLITIK

KARIN EVERS-MEYER

Alle inklusive – Das deutsche Bildungssystem und die UN-Behindertenrechtskonvention

Als Beauftragte für die Belange behinderter Menschen setze ich mich dafür ein, dass Menschen mit Behinderung von Beginn an selbstbestimmt leben und an der Gesellschaft teilhaben können. Voraussetzung dafür ist, dass wir einen inklusiven gesellschaftlichen Raum schaffen, in dem auch Menschen mit Behinderung Teilhabe und Chancengleichheit gewährt werden. Das gilt auch und in besonderem Maße für die Bildung. Weit über 400.000 Schülerinnen und Schülern mit einer Behinderung geht in Deutschland heute auf Förderschulen. Das sind rund 85 Prozent. Kaum ein Kind verlässt die Förderschule mit einem qualifizierenden Abschluss, was zur Folge hat, dass die meisten im Anschluss an die Schule die Werkstatt für behinderte Menschen als einzige Alternative sehen. Diesen Automatismus zu überwinden, muss unser Ziel sein.

Deutschland hat im Dezember 2008 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert, seit März ist sie in Kraft. Die BRK beinhaltet eine Vielzahl konkreter, individueller und subjektiver Rechte von Menschen mit Behinderung. Sie stärkt universale Menschenrechte, die jedem Menschen aufgrund seines Menschseins zustehen. Es sind also keine speziellen Rechte für einen besonderen Personenkreis, speziell ist lediglich die Perspektive: Die Perspektive von Menschen mit Behinderung.

Die Konvention legt dabei ein inklusives Gesellschaftsmodell auf allen Ebenen zu Grunde – auch in der Bildung. In Artikel 24 BRK heißt es: „... Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grund-

lage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem (im Original: „inclusive education“) auf allen Ebenen ...“

Dabei ist auch im Sinne dieser Konvention zwischen integrativen und inklusiven Konzepten unbedingt zu unterscheiden. So setzt aus meiner Sicht Integration in erster Linie eine Anpassungsleistung von Schülern mit Behinderungen an die bestehenden Strukturen voraus, während das von der Konvention geforderte inklusive Konzept eine Anpassung der allgemeinen Struktur an die individuellen Bedürfnisse von Schülern mit Behinderungen verlangt. Den in der amtlichen deutschen Übersetzung in Art. 24 BRK verwendete Begriff „integratives Bildungssystem“ verstehe ich daher in dem verbindlichen englischen Wortlaut im Sinn eines „inklusive Bildungssystems“.

Deutschland liegt heute mit einer Integrationsquote von rund 15 Prozent im europäischen und internationalen Vergleich weit hinter den Quoten in anderen westlichen Industrienationen zurück. Insoweit beinhaltet Artikel 24 BRK den Auftrag auch an Deutschland, seine Schul- und Bildungspolitik für Menschen mit Behinderung zu überprüfen. In Anbetracht

von Inklusionsquoten von weit über 75 Prozent in anderen westlichen Industrieländern scheint mir ein Inklusionsziel von 80 bis 90 Prozent auch für Deutschland realistisch.

Einschränkungen für inklusive Schulangebote kann es nach der Konvention nur dort geben, wo dies dem Elternwunsch entspricht oder trotz aller denkbaren Unterstützungsmaßnahmen dem Kindeswohl in besserer Weise dient. Die Existenz von Förderschulen mit einem besonderen Schulangebot ist durch das Inklusionsziel des Abkommens daher nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Ich halte in diesem Zusammenhang einen Punkt für besonders wichtig: Die Eltern behinderter Kinder müssen ein echtes Wahlrecht haben, ob sie ihr Kind in einer Förder- oder in einer Regelschule



Karin Evers-Meyer
Beauftragte der Bundesregierung für die Belange
behinderter Menschen

lernen lassen. Denn auch das ist Bestandteil einer inklusiven Gesellschaft: Unabhängig vom Vorliegen einer Behinderung eigenverantwortlich zwischen gleichwertigen Alternativen entscheiden zu können. Man traut auch den Eltern nicht behinderter Kinder

zu, die richtige Schule für ihr Kind zu wählen. Auch Eltern behinderter Kinder sollen genauso entscheiden dürfen, ob für ihr Kind ein Schon- und Förderraum oder die allgemeine Schule in der Nachbarschaft die bessere Alternative ist.

In einer Vielzahl von Bundesländern ist mittlerweile vorgesehen, dass der gemeinsame Unterricht von Schülern mit und ohne Behinderung Vorrang haben soll. Dieser Vorrang steht jedoch in vielen Ländern unter dem Vorbehalt, dass integrativer Unterricht nur dann möglich ist, wenn die entsprechenden Kapazitäten vorhanden sind. In den meisten Ländern reichen die vorhandenen Kapazitäten derzeit nicht aus, um allen Schülern, die mit entsprechender sonderpädagogischer Förderung am Unterricht der allgemeinen Schulen teilnehmen könnten, den Zugang zu diesem Unterricht tatsächlich zu ermöglichen.

Wichtig ist jedoch, dass Kinder, die behinderungsbedingt Unterstützung benötigen, diese auch an der Regelschule bekommen. Das ist unbedingte Voraussetzung! Insofern fordere ich keine Abschaffung der Förderschulen – wohl aber eine deutliche Förderung inklusiver Schulstrukturen für behinderte Kinder. Also: Das behinderte Kind muss nicht länger der Förderung folgen, sondern umgekehrt: Die Förderung folgt dem Kind in eine Schule für Alle. Ich sehe diesen Ansatz im Übrigen nicht auf behinderte Kinder beschränkt. Ich bin davon überzeugt, dass jedes Kind ein Recht auf optimale und individuelle Förderung vor Ort hat. Darüber hinaus denke ich, dass seit PISA klar sein sollte, dass solche Konzepte mehr Bildungserfolg für alle versprechen.

Wenn die Zuweisung eines behinderten Kindes zu einer Regelschule erfolgt ist, sind entsprechende Integrationshilfen zu gewährleisten. Dafür braucht es eine gute Abstimmung zwischen Schul- und Sozialverwaltung vor Ort ebenso wie eine umfassende und unabhängige Beratung der Eltern behinderter Kinder, was sie für eine gelungene Integration ihres Kindes an der Regelschule

tun müssen. Hier sind die Bundesländer und die Kommunen vor Ort gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um ein gemeinsames Lernen von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Lernbedingungen an den Regelschulen ebenso umgestaltet werden wie die räumlichen Gegebenheiten, so dass jedes Kind nach seinen individuellen Fähigkeiten unterrichtet werden kann. Es bedarf umfassender Änderungen sowohl an unseren Schulen in struktureller Hinsicht, als auch in der Ausbildung von allen im System Schule arbeitenden Professionen.

Bei allen Schulum- und -neubauten ist darauf zu achten, dass der Barrierefreiheit Rechnung getragen wird. Eine Schule für alle muss selbstverständlich auch für alle ohne fremde Hilfe zugänglich sein. Individuelle Lehr- und Lernmaterialien, die den Bedürfnissen der einzelnen Schülerinnen und Schülern entsprechen, müssen an allen Schulen zur Verfügung gestellt werden können. Kämpfe um Schulassistenten oder behinderungsbedingte Hilfsmittel müssen der Vergangenheit angehören.

Insbesondere wird man auch über eine Neuausrichtung der Lehrerbildung nachdenken müssen. Regelpädagogen, die sich im Rahmen ihres Studiums nie mit förderpädagogischen Fragestellungen beschäftigen haben, müssen die Ausnahme sein. Ebenso müssen die Fähigkeit und vor allem der Wille zur Teamarbeit selbstverständlich sein. Das Einlehrerprinzip wird künftig allenfalls in sehr kleinen Klassen realisierbar sein, Teamwork zwischen Regel- und Förderpädagoginnen, zwischen Assistenzkräften und Integrationshelfern wird die Regel.

Die Verpflichtungen aus dem Recht auf Bildung sind gemäß Art. 4 Abs. 2 BRK sukzessive und unter Aufbringung aller zumutbaren Mittel zu realisieren. Eine Beschränkung aus Kostengründen sieht die Konvention nicht vor. Dennoch wird immer wieder das

Kostenargument angeführt – gerade wenn es darum geht, inklusive Beschulung abzulehnen. Diverse Studien belegen dagegen, dass in einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung die Kosten für ein inklusives System langfristig niedriger ausfallen als die Unterhaltung eines dualen Systems von Regel- und Förderschulen. Es ist bereits viel Geld im System, es muss allerdings an anderen Stellen eingesetzt werden. Darüber hinaus sinken in den kommenden Jahren die Schülerzahlen kontinuierlich. Wir sollten diesen Prozess nicht als Sparpotenzial betrachten und die Haushaltsmittel im Bildungsbereich reduzieren, sondern ihn nutzen für kleinere Klassen und mehr Personal an Schulen.

Denn eines muss klar sein: Die konsequente Trennung von behinderten und nicht behinderten Kindern verhindert Integration. Und das kostet Geld. Denn was sich daran anschließt, ist der Erhalt teurer Sonderwert bis ins hohe Alter – seien es teure Integrationsprogramme auf dem Arbeitsmarkt oder die Finanzierung von Werkstattplätzen.

Unabhängig von kurzfristigen Kostenargumentationen werden wir es uns in Anbetracht der demografischen Entwicklung mittel- und langfristig schlicht nicht leisten können, ganze Gruppen von Schülern „verloren“ zu geben. Im Gegenteil: Man wird künftig mehr denn je auf jeden Einzelnen angewiesen sein, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Es liegt daher im gesamtgesellschaftlichen Interesse, allen Kindern bestmögliche Bildungschancen zu bieten, alle Kinder bestmöglich auf eine Tätigkeit auf dem Allgemeinen Arbeitsmarkt vorzubereiten – unabhängig von einer Behinderung. Dieses Ziel lässt sich nur mit einer grundsätzlichen Weichenstellung erreichen: alle inklusive – von Beginn an! ♦

JOACHIM LOHMANN

GGG – Die ersten 20 Jahre: Aufbruch, Durchbruch und Stabilisierung

Die Gesamtschule und mit ihr die GGG waren schulpolitisch das rote Tuch für die politische und gesellschaftliche Rechte. Dass die Gesamtschulen die härteste Konfrontation überstanden haben, es eine zweite Gründungswelle für Gesamtschulen gab, dass jetzt die Schulstruktur in Bewegung gerät und die äußere Leistungsdifferenzierung zurücktritt, ist nicht zuletzt auch das Verdienst der GGG. Dabei war sowohl ihre Gründung als auch ihre Organisation selbst unter Gesamtschul-Befürwortern strittig.

Die Bedeutung des Gesamtschulverbandes

Die GGG wurde 1969 gegründet. Erster Vorsitzender war Horst Mastmann, der Leiter der Walter-Gropius-Gesamtschule in Berlin-Neukölln, die Carl-Heinz Evers einmal als Mutterkloster der Gesamtschule bezeichnet hatte. Erster Geschäftsführer der GGG wurde der Stadtschulrat von Dortmund, Herbert Frommberger. Die Gründung eines Gesamtschulverbandes stieß bei Gesamtschul-Befürwortern in der GEW und in der SPD auf Kritik; der GGG wurde vorgehalten, die Gruppe der Gesamtschul-Engagierten in den genannten Organisationen zu schwächen.

Rückblickend hat sich eine organisatorisch eigenständige Gesamtschul-Vertretung bewährt. Die GGG hat zweifellos das Verdienst, die Idee der gemeinsamen Schule für alle auch in Zeiten der schulpolitisch härtesten Konfrontation durchgehalten zu haben. Sie hat damit auch Gesamtschul-Positionen an der Basis der SPD und der

Gewerkschaften gestärkt. Denn in der Spitze der SPD auf Bundes- wie auf Länderebene gab es sehr wohl Tendenzen, auf das Ziel der gemeinsamen Schule für alle zu verzichten. Auch die Errichtung weiterer Gesamtschulen kam in vielen Ländern vor allem auf Druck der Basis zustande, an der zumeist die GGG beteiligt war. In der GEW gab es Perioden, in dem die Schulstrukturfrage weitgehend von einer Standespolitik überdeckt war.

Der Umbruch 1972

Während die GGG zwischen 1972 bis 1988 weitgehend durch Kontinuität geprägt war, bedeutete der Bundeskongress 1972 einen erheblichen Einschnitt. Er zeigte sich in personellen, organisatorischen und konzeptionellen Veränderungen: der ehemalige Berliner Bildungssekretar Carl-Heinz Evers wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt, der basis- und kommunalorientierte Günter Bechert wurde Geschäftsführer. Der Widerstand aus der bisherigen Führung gegen ihn veranlasste mich, ebenfalls für den Vorstand zu kandidieren, zwei Jahre später wurde ich dann auf Vorschlag von Evers zu seinem Nachfolger gewählt. 1980 folgte mir Otto Herz, seine Nachfolgerin wurde von 1982 bis 1988 Christa Lohmann.

Die Basisorientierung

Organisatorisch wurde aus einem eher auf Honoratioren ausgerichteten Verein ab 1972 eine Basisgesellschaft: Der Titel Präsident wurde aufgegeben, das Kuratorium

von ausgewählten Repräsentanten wurde aufgehoben, die GGG erhielt einen Unterbau, öffnete sich für alle Gesamtschul-Engagierten und wurde zu einem einflussreichen Bildungsverband außerhalb der Lehrerverbände.

Ansatzpunkt für den Unterbau war der Vereinigungsbeschluss auf dem Bundeskongress 1972 zwischen der GGG und dem Arbeitskreis Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen, der von Günter Bechert mit Unterstützung von Jürgen Girgensohn initiiert war und der zum Landesverband Nordrhein-Westfalen der GGG wurde. Es folgte die Gründung von Landes- und teils auch Ortsverbänden in allen alten Bundesländern.

Vor allem war die Gewinnung von Mitgliedern wichtig, um zu neuen Gesamtschul-Initiativen zu kommen und um bestehende Gesamtschulen zu stützen. Zugleich sollte der Verband finanziell eigenständig arbeiten und für Zeiten vorsorgen können, in denen mit einer Bundesförderung nicht mehr gerechnet werden konnte. Neue Mitglieder wurden einerseits Kommunen, die besonders in Nordrhein-Westfalen zu aktiven Förderern von Gesamtschulen wurden. Andererseits konnten neben Lehrkräften auch Eltern und zeitweise auch Schülerinnen und Schüler für die Gesamtschularbeit gewonnen werden. In der Verantwortung von Sabine Gerbault, Horst Speichert und Jürgen Tillmann wurden in mehreren Aktionen Mitglieder geworben, deren Anzahl 1980 auf gut 4.000 anstieg.

Die Mitgliedergewinnung erwies sich als lebensnotwendig, denn mit der politischen Wende 1982 blieben die Bundesmittel aus und die GGG musste alle ihre Aktivitäten aus eigenen Mitteln finanzieren. Hinzu kam, dass mit der bildungspolitischen Konfrontation der politischen Rechten gegen die Gesamtschule teilweise auch das Gesamtschul-Engagement ermattete, die Arbeit in einigen Landesverbänden schwieriger wurde und die Mitgliederzahlen sanken. Umso wichtiger war die erreichte

Ausgangsbasis von 4.000 Mitgliedern Anfang der 80er Jahre.

Die konzeptionelle Ausrichtung

Der inhaltliche Schwerpunkt der GGG lag in der konzeptionellen, pädagogisch-didaktischen und in der bildungspolitischen Arbeit sowie in der Weiterbildung von Gesamtschul-Interessierten.

Konzeptionelle Grundlage der GGG wurden die Leverkusener Beschlüsse, die ich im Auftrag des Vorstandes entwerfen sollte und die der Bundeskongress 1973 in Leverkusen verabschiedete. Noch heute sind sie weitreichend und gültig für die GGG. Sie forderten einen einheitlichen, gleiche Berechtigungen vermittelnden Abschluss der Sekundarstufe I, eine Wahlpflichtdifferenzierung, deren Fächer gleichwertige Abschlüsse und die Berechtigung zum Besuch der Oberstufe verleihen, eine inklusive Förderung von Schülerinnen und Schülern mit partiellen Leistungsschwächen, Verzicht auf die Schuljahreswiederholung, soziales Lernen in allen Fächern und die Überwindung der äußeren Leistungsdifferenzierung. Dies bedeutete damals eine erhebliche Weiterentwicklung der Gesamtschul-Konzeption, denn die äußere Leistungsdifferenzierung galt bis dahin als das Rückgrat der Gesamtschule. Pointiert wurde dies gerade von Horst Mastmann vertreten mit der Folge, dass ich wegen meiner Kritik an der Fachleistungsdifferenzierung als Nestbeschmutzer der Berliner Gesamtschule bezeichnet wurde. Wie modern das Leverkusener Programm ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass es sich auch zur Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Leistungsschwächen bekannte.

Die schulorientierte Tätigkeit

Die visionäre Ausrichtung seit Leverkusen hat die GGG immer mit pragmatischer Arbeit und mit der Kooperation mit der Politik verbunden. Sie wollte selbst zur Umsetzung ihrer Konzeptionen beitragen, d.h. schwerpunktmäßig waren ihre Tätig-

keiten einerseits schulorientiert und andererseits bildungspolitisch.

Pädagogisch-didaktische Planung

Das Konzept von Leverkusen war mehr als anspruchsvoll. Besonders der Verzicht auf die äußere Leistungsdifferenzierung stand im Widerspruch zu den Prinzipien der ersten Gesamtschulen und den KMK-Richtlinien und viele Lehrkräfte verstanden dies als eine Überforderung ihrer Arbeit. Das Konzept hatte keine Chance, sich bildungspolitisch durchzusetzen, wenn es nicht didaktisch unterbaut wurde. So waren die Arbeitsgemeinschaften ein bedeutendes Arbeitsfeld der GGG. In der Zeit zwischen 1972 bis 1988 haben diese zu 67 Themen getagt; die GGG gab 50 Veröffentlichungen heraus, die überwiegend auf der Leistung der Arbeitsgemeinschaften beruhten. Diese Arbeitsgruppen haben auch die damals jährlichen Bundeskongresse inhaltlich weitgehend gestaltet. Von besonderer Bedeutung unter den Arbeitsgemeinschaften waren neben dem Projektunterricht und dem sozialen Lernen in den Fachbereichen die Schwerpunkte Differenzierung und Team-Kleingruppen-Modell. Ohne diese didaktische Arbeit und deren Verbreitung ist es kaum vorstellbar, dass in die KMK Vereinbarung zur Anerkennung von Gesamtschul-Abschlüssen von 1982 mit ihren harten Auflagen zur äußeren Leistungsdifferenzierung eine Öffnungsklausel für andere Gesamtschulmodelle aufgenommen worden wäre. Es gehört auch zu den Verdiensten dieser Arbeitsgruppen, wenn jetzt einzelne Länder den Gesamtschulen anheimstellen oder sogar für sie vorsehen, auf die äußere Leistungsdifferenzierung zu verzichten. Von Bedeutung waren auch Arbeitsgruppen zur Sonderpädagogik, mit denen sich die GGG lange Zeit am stärksten für die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen stark gemacht hat.

Die Fort- und Weiterbildung

Die GGG beließ es nicht bei der didaktischen Planung, sondern sie war zugleich

ein Verband der Lehrerweiterbildung. Dieser Aufgabe dienten wiederum die Arbeitsgruppen, ferner die jährlichen Bundeskongresse, die bis zu 600 Teilnehmer/-innen zählten, sowie die nord- und süddeutschen Kongresse und viele Landesaktivitäten, z.B. das 1978 in Nordrhein-Westfalen gegründete – inzwischen bundesweit tätige – FORUM ELTERN UND SCHULE“.

DIE BILDUNGSPOLITISCHE TÄTIGKEIT

Die Mobilisierung und Stabilisierung der Basis

Neben der internen Gesamtschularbeit engagierte sich die GGG für die Gesamtschulpolitik. Sie wollte die Gesamtschule nicht nur postulieren, sondern direkt zu ihrer Verbreitung beitragen. Sie setzte vor allem auf die Strategie der Basismobilisierung. Sie verband deshalb ihre visionäre Kraft mit einer Politik, die auch kleine Schritte akzeptierte. Eine Gesamtschulpolitik größerer Schritte gelang vornehmlich nur dem Berliner Schulsenator Carl Heinz Evers und dem hessischen Kultusminister Ludwig von Friedeburg. In den meisten anderen Ländern gehen die Errichtung und die Ausweitung vor allem auf das Engagement von Kommunen und Gesamtschul-Initiativen zurück. Ohne die GGG wäre eine Vielzahl von Initiativen nicht entstanden oder hätte nicht lang genug durchgehalten. Dies ist das Verdienst vieler einzelner GGG-Mitglieder, aber auch der Arbeit der Landesverbände sowie der Bundesveranstaltungen. Sie alle haben zu Aktivitäten vor Ort ermutigt und ihnen auch den Rücken gestärkt.

Für die Gesamtschul-Politik hat sich bewährt, dass sich die GGG für Eltern öffnete. Viele Gesamtschul-Initiativen sind kaum denkbar ohne das Engagement von Eltern, denen die GGG unter anderem über die Elternseminare eine Plattform für ihre Aktivitäten bot. Die GGG setzte sich aber auch dafür ein, den Eltern Mitwirkung in den Schulen über den bisherigen Umfang hinaus zu eröffnen.



Carl-Heinz Evers
GGG-Vorsitzender 1972-1974



Joachim Lohmann
GGG-Vorsitzender 1974-1980



Otto Herz
GGG-Vorsitzender 1980-1982



Christa Lohmann
GGG-Vorsitzende 1982-1988

Die Errichtung vieler Gesamtschulen geht nicht zuletzt auf das Engagement vieler Kommunalpolitiker zurück. Diese zu mobilisieren, hatte sich vor allem der Landesverband Nordrhein-Westfalen auf die Fahne geschrieben; der Erfolg der Kommunen dort war beachtlich. Leider haben wir die kommunale Arbeit ansonsten in der GGG unzureichend gefördert.

Eine gleich große bildungspolitische Leistung der GGG ist auch die politische Stabilisierung der Gesamtschulanhänger/-innen in den Zeiten der härtesten schulpolitischen Konfrontation der Nachkriegszeit. Konservative Regierungen haben zwar mit einer Vielzahl von Stellschrauben die Gesamtschul-Arbeit erheblich erschwert, eine Aufhebung von Gesamtschulen ist ihnen aber fast nirgends geglückt. Das ist vornehmlich ein Verdienst der Kollegien, der Eltern und der Schüler/-innen, aber sicher wurden diese Kräfte auch durch den Durchhaltewillen in den verschiedenen Gliederungen der GGG gestärkt.

Kooperationen und Einflussnahmen

Eine umfassende Gesamtschul-Strategie kann sich nicht auf die Basismobilisierung verlassen. Dazu ist einerseits die GGG zu schwach und andererseits werden weittragende Entscheidungen auf höherer Ebene getroffen. Eine Organisation, die bildungspolitisch erfolgreich wirken will, muss deshalb Verbündete suchen und Einfluss auf Parteien, Fraktionen und Regierungen zu nehmen versuchen. So sahen es auch die Leverkusener Beschlüsse vor.

Selbstverständlich waren enge Beziehungen der GGG zu den Gesamtschulreferenten der Länder. Für viele von ihnen waren die Kongresse ein gern besuchtes Refugium, da die GGG-Mitglieder zumeist ein hinreichendes Verständnis für deren Zwänge hatte.

Als gesellschaftliche Bündnispartner kamen vor allem die GEW sowie die Gewerkschaften insgesamt in Frage. Während die Kooperation in den 70er Jahren wegen

der Aufbauarbeit und der didaktischen Arbeit nur schwach war, kam es in den 80er Jahren – auch wegen der bildungspolitischen Konfrontation – zu intensiveren Kontakten.

Wegen der Arbeitsüberlastung waren auch die Kontakte des Bundesvorstandes in den 70er Jahren mit befreundeten Parteien und Fraktionen spärlich. Das galt erst recht auf Länderebene, weil der Bundesvorstand darin die Aufgabe der Landesverbände sah, aber im Hintergrund stand auch eine stark basisorientierte Strategie. Das gilt auch für die Kontakte zu den Kultusministerien und den Landesregierungen, abgesehen bei der Vorbereitung und Durchführung des Bundeskongresses im jeweiligen Bundesland.

Dies änderte sich in den 80er Jahren unter dem Bundesvorsitz von Christa Lohmann und ihrem Stellvertreter Horst von Hassel. In dieser Zeit gelang es, u.a. den stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gustav Fehrenbach zur Kongresseröffnung zu gewinnen und Gespräche mit allen Kultusministern der SPD zu führen.

Seit den 80er Jahren versuchte die GGG ferner durch Stellungnahmen an Bund und Länder die politische Willensbildung – z.B. zu den Auflagen zur Anerkennung von Gesamtschul-Abschlüssen – zu beeinflussen.

Eine einmalig enge Kooperation ging die GGG seit 1972 mit dem Bundesbildungsministerium ein; faktisch war die GGG für den Bund ein Organ, über das er wegen seiner geringen Kompetenzen seine schulpolitische Auffassung mit verbreiterte. Eingeleitet worden war die Zusammenarbeit durch Carl-Heinz Evers mit der Staatsministerin Hildegard Hamm-Brücher und später durch Bernd Frommelt mit Hans-Georg Rommel im Bundesbildungsministerium, der dann die didaktische Planung und Weiterbildung der GGG bis zur politischen Wende finanziell großzügig unterstützt hat.

Eine langfristige, aber nicht beabsichtigte Wirkung der GGG-Gründung war der

Aufstieg von aktiven GGG-Mitgliedern in die Schulverwaltung, in die Politik sowie in die Lehreraus- und -fortbildung. So wurde z.B. Bernd Frommelt Abteilungsleiter im hessischen Kultusministerium und Hartmut Holzapfel hessischer Kultusminister, um einige zu nennen. Erstaunlich viele Aktive wurden Dozenten im Bereich Pädagogik und Didaktik an Universitäten. So wurde und wird das Gedankengut der GGG weiter getragen.

Strategische Schwächen

Die Spannung zwischen Vision und Pragmatik hat die GGG schulpolitisch ausgehalten. Sie verband das Bekenntnis zur gemeinsamen Schule für alle mit der grundsätzlichen Unterstützung jeder einzelnen Gesamtschul-Initiative. Strategien von Landesregierungen wurden aber in Frage gestellt, sobald sie über die Gründung einzelner Gesamtschulen hinaus gingen, ohne die gemeinsame Schule für alle schon jetzt realisieren zu wollen. Nicht wenige sahen in solchen Strategien die Vision einer gemeinsamen Schule für alle gefährdet:

- Vornehmlich die Kultusminister von Hessen und Niedersachsen errichteten neben den integrierten auch kooperative Gesamtschulen. Die GGG hatte zwar recht, dass die Kooperation von sich aus nur selten zur Integration führte, sie erleichterte aber politisch wie jetzt in Bremen die Umwandlung der dortigen Schulzentren in integrierte Gesamtschulen unter dem Namen Oberschule. Die Einstellung der GGG auf Bundesebene zu den kooperativen Gesamtschulen war stets von strittigen Diskussionen begleitet und blieb immer von Zurückhaltung geprägt, obwohl eine stärkere Zusammenarbeit eher deren Weiterentwicklung gefördert hätte.
- Auch bei dem Gesetzesvorhaben der nordrhein-westfälischen Landesregierung von 1976 unter dem Namen

Koop-Schule blieb die GGG einschließlich unseres Vorstandes auf Distanz, obwohl wir jetzt glücklich wären, diese Ausgangsbasis für weitere Strukturreformen zu haben. Die Koop-Schule sollte die Hauptschule mit mindestens einer Realschule oder einem Gymnasium verbinden; für die Klassenstufe 5 und 6 sah sie eine integrierte Orientierungsstufe und anschließenden schulformbezogenen Abteilungen vor. Realschulen mussten und die Gymnasien konnten in die Koop-Schule eingebunden werden. Doch die Koop-Schule wäre wohl selbst bei klarer Zustimmung der Gesamtschulanhänger an dem Volksbegehren gescheitert.

- Als der Hamburger Senat 1979 das Elternrecht auf Gesamtschule gesetzlich durchsetzte, gab es in Hamburg einen großen Schub zugunsten der Gesamtschule; Hamburg hat auf Grund dessen nebst Berlin mit 27 % der Achtklässler den höchsten Anteil an Gesamtschul-Besuchen. Doch die GGG war bei dieser Strategie gespalten, weil nicht wenige mit der gesetzlichen Fixierung des Elternrechtes eine gemeinsame Schule für alle für nicht mehr durchsetzbar hielten. Dabei wären wir jetzt erheblich weiter, wenn die Hamburger Strategie auch in anderen Ländern durchgesetzt worden wäre. Nach dem Gesetzentwurf zur Zweigliedrigkeit in Hamburg soll jetzt das Elternrecht beim Übergang in das Gymnasium durch ein Übergangsverfahren der Primarschule ersetzt werden. Damit erweisen sich die früheren Befürchtungen als überzogen, vielmehr wird jetzt in Hamburg die Leistungsfeststellung über das Elternrecht mit seiner sozialen Auslesefunktion gestellt.

Insgesamt hat die GGG bei der Vermittlung von Vision und Strategie Schwächen gezeigt. Wenn Regierungen oder Parlamente weiterreichende Gesamtschul-Strategien entwickelt hatten, wurde die GGG aus Angst um ihre Zielsetzung zum Bedenkenträger gegen Zwischenschritte. Sie selbst

hat weder auf den Kongressen, in den Mitgliederversammlungen noch in den Bundesvorständen zu meiner Zeit oder später eigene realisierbare Zwischenschritte entwickelt.

Fazit

Die Leistungen sind die Erfolge aller Vorstandsmitglieder, die ihre Arbeit stets ehrenamtlich neben einer Haupttätigkeit geleistet haben. Weit mehr muss all denen gedankt werden, die in den Arbeitsgemeinschaften, den Kongressen, den Initiativen und den Gesamtschulen vor Ort sich für die gemeinsame Schule für alle eingesetzt haben. Besonders muss den ehrenamtlichen Geschäftsführerinnen und -führern Herbert Frommberger (1969 – 1972), Günter Bechert (1972-1978), Marlies Geinzer (1978 – 1982) und Günter Kreiner (1982 – 1992) gedankt werden.

Es war richtig, die GGG zu gründen. Sie hat zur Verbreitung und Vertiefung der Gesamtschulidee beigetragen. In den ersten 20 Jahren hat sie ein weitgehendes Konzept für die Gesamtschule entwickelt und hat mit ihrer Basisorientierung zu Gesamtschul-Gründungen beigetragen. Sie hat maßgeblich mit bewirkt, dass sowohl die Idee wie auch die Gesamtschulen selbst in den Zeiten der Konfrontation und Repressalien durchgehalten haben. ♦

Anmerkungen

Für Material und kritische Anregungen danke ich vor allem Christa Lohmann sowie Günter Bechert, Bernd Frommelt, Otto Herz und Jürgen Theis.

SERIE

BARBARA RIEKMANN UND LOTHAR SACK

Organisationskizze Max-Brauer-Schule Hamburg

Beschreibung der Schule

Adresse: Max-Brauer-Schule, Bei der Paul-Gerhard-Kirche 1 – 3, D-22761 Hamburg
Tel. 040 42 89 82-0, Fax: 040 42 89 82-30,
e-Post: barbara.riekmann@bsb.hamburg.de,
web: <http://www.maxbrauerschule.de/>

Ansprechpartner:

Barbara Riekmann (Schulleiterin)

Art: Staatliche Schule, Gesamtschule mit Grundschule und gymnasialer Oberstufe.

Lage: Die Schule hat zwei durch die S-Bahnstrecke getrennte Standorte. Der Standort „Bei der Paul-Gerhard-Kirche“ liegt in Stadtteil Bahrenfeld nördlich der S-Bahn; auf dem Gelände befand sich in der Nazizeit ein Zwangsarbeiterlager. Die Gebäude stammen aus den 60er Jahren, die Mensa wurde 2008 in Betrieb genommen. Südlich der S-Bahntrasse befindet sich der Standort „Daimlerstr.“ bereits im Stadtteil Ottensen. Das mehrstöckige Hauptgebäude stammt aus dem Ende des 19. Jahrhunderts; es beherbergt auch die Schulbibliothek (10.000 Bände). Im nördlichen Standort sind die Klassenstufen Vorschule bis Jahrgang 7, im südlichen die Jahrgänge 8 bis 13 untergebracht.

Größe: Schüler/innen ca. 1300, Grundschule (Vorsch., Jg. 1 bis 4, 2-3-zügig) ca. 240, Sekundarstufe I (Jg. 5 bis 10, 5-zügig, organisiert in je 6 Klassen) ca. 820, Sekundarstufe II (Jg. 11 bis 13) ca. 240; Lehrer/innen ca. 95, Sozialpädagogen 3, Erzieher 2 und Werkmeister.

Geschichte: Die heutige Max-Brauer-Schule ging 1979 als Gesamtschule aus einer

Grund-, Haupt- und Realschule hervor. Seit 1992 ist ihr im Zusammenhang mit der Profileroberstufe ein Aufbaugymnasialzweig angegliedert. Die Sekundarstufe II wird im Verbund mit der Gesamtschule Bahrenfeld geführt. 2005 begann mit dem Jahrgang 5 die „Neue Max-Brauer-Schule“, eine weitgehende Umgestaltung des Lernens in der Sekundarstufe I unter starker Betonung des individuellen Lernens; gleichzeitig wurde der Ganztagsbetrieb aufgebaut. Außer vielen anderen Auszeichnungen erhielt die Max-Brauer-Schule 2006 den Deutschen Schulpreis.

Schülerschaft: In die Vorschule bis einschließlich Jahrgang 10 kommen die Schüler/innen aus Bahrenfeld und Ottensen, in die Oberstufe auch aus anderen Regionen Hamburgs. Die etwa 200 ausländischen Schüler/innen stammen aus ca. 30 Nationen, der größte Teil ist türkischer Herkunft. Die soziale Zusammensetzung spiegelt die gemischte Bevölkerungsstruktur des Einzugsbereiches wider. Mittelschichtkinder finden sich genauso wie Kinder, die zusammen mit ihren Eltern am Rande des Existenzminimums leben.

Leitideen

... Jede Schülerin und jeder Schüler soll sich entsprechend ihren/seinen Möglichkeiten optimal bilden können und gefördert werden. Dafür ist es notwendig, dass alle am Schul- und Unterrichtsgeschehen Beteiligten Verantwortung für sich und die Gemeinschaft übernehmen. ...:

1. Vom Lernen: Jede/r ist für das Gelingen von Schule und Unterricht verantwortlich. ...

2. Von der Würde: Die Würde eines jeden Menschen muss von allen an unserer Schule geachtet werden. ... Niemand darf an unserer Schule körperlich oder seelisch angegriffen werden oder verletzt werden.
3. Von der Unterschiedlichkeit: Wir wollen die Bereitschaft und die Fähigkeit entwickeln, auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Toleranz mit Unterschiedlichkeiten und Anderssein umzugehen. Die Toleranz endet dort, wo menschenverachtende Haltungen und Aktivitäten beginnen.
4. Vom Umgang miteinander: ... Jede/r behandelt den anderen so, wie er oder sie behandelt werden möchte.
5. Von der Demokratie: Wir streben an, dass sich die Schüler und Schülerinnen an unserer Schule zu Menschen mit Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen entwickeln. Sie sollen andere Standpunkte verstehen und achten lernen und fähig werden, ihre Interessen in der Gemeinschaft wahr zu nehmen.
6. Von den Freiräumen und der Verantwortung: Die Schule gibt Gestaltungsfreiräume und fordert zur Übernahme von Verantwortung auf. ...
7. Von der Kritik: Kritik ist erwünscht. ... Wer kritisiert, um andere zu beleidigen oder um eine Sache herab zu setzen, bringt weder die Sache noch die beteiligten Menschen voran.
8. Von der Gesundheit: Wir achten darauf, dass die Arbeit für alle an der Schule Tätigen so gestaltet wird, dass niemand deswegen körperlich oder psychisch krank wird.
9. Von den Räumen: Wir gestalten unseren Arbeitsplatz so, dass wir uns gerne in den Räumen aufhalten und das Lernen gefördert wird. ...
10. Von der Umwelt: ...
11. Von der Zusammenarbeit: Schule, SchülerInnen und Elternhaus sind auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit angewiesen. ...

... Regelverstöße werden geahndet. Die Maßnahmen sollen angemessen und nach-

vollziehbar sein. Wer sich ungerecht behandelt fühlt, hat die Möglichkeit der Beschwerde: Klassenrat, Schülerrat, TutorInnen, Schulleitung sind dafür Ansprechpartner. (Auszug aus den „Grundsätzen der Max-Brauer-Schule, 2003)

Bausteine

Alle Jahrgänge in einer Schule: In der Schule befinden sich alle Jahrgänge von der Vorschule der Grundschule bis zum Jahrgang 13 mit gemeinsamem Pädagogenkollegium und gemeinsamer Schulleitung.

kleinere, möglichst selbstständige Einheiten, Teamstruktur: Abteilungen und Jahrgänge sind in ihnen zugeordneten Gebäude(-teilen) in jeweils benachbarten Räumen: Die Primarstufe hat ein eigenes Gebäude mit separatem Schulhof. Die Schüler der Jahrgänge 5 - 7 sind weitestgehend jeweils in einem Jahrgangshaus untergebracht (mit einem Teamlehrerzimmer der dort arbeitenden 6 - 9 Lehrer/innen); in den Jahrgängen 8 - 10 ist nach Möglichkeit ein Jahrgang auf einem Flur. In der Sekundarstufe II haben die Schüler und Lehrer ihre Räume zu Profiräumen umgestaltet.

alle Abschlüsse in einer Schule: Alle Abschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur können erworben werden.

Keine Noten bis Jahrgang 8/kein Sitzenbleiben: Die Feststellung und Beurteilung von Lernfortschritt und -stand erfolgt bis Klasse 8 nicht in Ziffernnoten. Zum Halbjahr werden an Stelle des Halbjahreszeugnisses Schüler-Eltern-Lehrer-Gespräche (SELG) durchgeführt. Selbsteinschätzung und Fremdeinschätzung durch die Lehrpersonen werden gegenüber gestellt, Vereinbarungen über die nächsten Lernschwerpunkte und -ziele getroffen und schriftlich festgehalten. Am Schuljahresende wird ein Lernentwicklungsbericht (LEB) erstellt, der den Lernstand im Lernbüro, im Projektunterricht, in den Werkstätten und in Sport beschreibt. Hilfsmittel und Werkzeuge, die (auch) dieser Form der Leistungsbeurteilung

dienen, sind das „Blaue Buch“ (Logbuch), Kompetenzraster, Zertifikate, Portfolio, Schülersprechtag, Selbst- und Fremdeinschätzung, Lernzielvereinbarungen. Ab Klasse 9 werden die üblichen Ziffernzeugnisse erteilt. In Jahrgang 9 und 10 nehmen die Schüler an den zentralen Abschlussprüfungen teil. Ein Sitzenbleiben gibt es nicht.

Tages-/Wochenstruktur: Der Tag beginnt um 8:05 Uhr und endet in der Regel um 16:00 Uhr (an vier Tagen der Woche). Die Elemente der Tages- und Wochengliederung sind: Offener Anfang/Eingangsphase (45'), Lernbüro (135'/90'/45'), Pause (30'), Projekt (180'/135'/90'), Werkstatt (90'), Mittagspause(Essen/Spielangebote) (75'), Wochenabschluss (45'). Ein Pausensignal gibt es nur am Ende der großen Pausen.

Eingangsphase: An 3 Wochentagen (2 ab Jg. 7) beginnt der Tag mit der Eingangsphase. Sie dient dem entspannten Ankommen, der (individuellen) Wochen- und Tagesplanung, dem Klassenrat, aber auch der individuellen Arbeit.

Mittagspause: In der Mittagspause (75') können ein warmes Mittagessen eingenommen und verschiedene Ruhe- oder Aktivitätsangebote auf dem Schulgelände genutzt werden.

Wochenabschluss: An jedem Freitag klingt die Woche mit dem Wochenabschluss aus: Wochenresümee, Schüler-Schüler-Rückmeldungen, Präsentationen.

Lernbüro: Das Lernbüro dient dem Erwerb der Basiskompetenzen in Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen, hier werden auch Arbeits-, Lern- und Kommunikationstechniken erworben und trainiert. In Jg. 5/6 umfasst das Lernbüro 11 Stunden, ab Jg. 7 13 Stunden pro Woche, meist als Blockstunden. Die Schüler bearbeiten vorgegebene oder auch individuelle Bausteine nach Absprache mit den Fachlehrern; sie entscheiden selbst, an welchen Tagen und wie oft sie sich mit Themen aus den einzelnen Bereiche beschäftigen. Neben der in-

dividuellen Lernarbeit gibt es insbesondere zur Einführung in neue Gebiete lehrerzentrierte Phasen meist für Teilgruppen. Der Planung, Unterstützung und Steuerung der Lernprozesse dienen Eingangstests, Zielvereinbarungen, Kompetenzraster, Checklisten, spezifische Arbeitsmaterialien, Wochenplan. Am Schluss eines individuellen Lernabschnitts zeigt der Schüler/die Schülerin in einer Überprüfung, z.B. in einem Test oder einer Präsentation, dass er/sie das Bearbeitete beherrscht. Die erworbene Qualifikation wird durch ein Zertifikat bestätigt. Die Zertifikate werden in einem Portfolio gesammelt.

Kompetenzraster: In Analogie zum europäischen Referenzrahmens für das Fremdsprachenlernen gibt es „Kompetenzraster“ für die Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch sowie Arbeits- und Sozialkompetenz im Lernbüro. Jeder Schüler hat für jeden Bereich ein persönliches Arbeits-Exemplar der Kompetenzraster, auf dem seine Lernausgangsposition (Eingangstest) gekennzeichnet ist. Jede mit dem Lehrer vereinbarte Lernsequenz ist mindestens einer Kompetenz und einem Kompetenzniveau zugeordnet. Bearbeitete und erfolgreich beendet Lernsequenzen werden auf dem Raster durch einen Klebepunkt im entsprechenden Kompetenz-Niveau-Feld gekennzeichnet. Dies dient der Dokumentation der Lerngeschichte und des erreichten Lernstandes. Die klassenöffentlich aushängenden Kompetenzraster dienen auch anderen Schülern zur Orientierung, an wen sie sich ggf. wenden können.

Checklisten: Die Checklisten erläutern die Kompetenzen, geben Teilkompetenzen mit Beispielen an und verweisen auf hierfür nützliche Lernaufgaben mit Material aus Lehrbüchern und anderen Quellen.

Blaues Buch (Logbuch): Jede Schülerin/jeder Schüler führt ein Logbuch, in dem sie/er für jeden Tag einträgt, welche Arbeiten geplant sind, welche erledigt wurden, wie mit nicht Erledigtem verfahren wird und wie die eigene Arbeitshaltung eingeschätzt wird. Es stellt eine Dokumentation des individu-



Konzentrierte Instruktionen

ellen Lernprozesses für den/die Lernende/n selbst, die Eltern und die Lehrkräfte dar. Neben der Arbeitsdokumentation enthält das Blaue Buch einen Jahresplan, Schulische Regeln einschließlich der Projektvorhaben und der Nachweise über die belegten Werkstätten sowie Kompetenzraster für das Lernbüro.

Projekte: Ein großer Teil der Lernzeit ist epochalen Projekten vorbehalten (12 Wochenstunden in Jahrgang 5/6) In jedem Schuljahr finden 6 6-wöchige Projekte statt. In den Projektunterricht fließen die Inhalte und Unterrichtsstunden der Fächer Gesellschaft, Naturwissenschaft, Religion und z.T. Arbeitslehre, Bildende Kunst, Musik, Deutsch und Mathematik ein. Für den Erwerb methodischer und inhaltlicher Grundlagen kann einerseits eine Verzahnung mit dem Lernbüro stattfinden, andererseits ein „Obligatorium“ der eigentlichen Projektphase vorgeschaltet werden. Diese Lernform findet in Jahrgang 7 und 8 seine Fortsetzung in einem 6-stündigen Projektunterricht Gesellschaft (PU-G) und einem 3-stündigen Projektunterricht Naturwissenschaft (PU-NW). In jedem Halbjahr findet ein fächerübergreifendes NW-G-Projekt statt. Die Themen werden wieder den Rahmenplänen entnommen.

Werkstätten: Werkstätten sind wahlpflichtähnliche Lernangebote. In den Jahrgängen 5/6 werden vier in der Regel halbjährige Werkstätten aus einem freien (u.a. Zirkus, Bläserensemble, Forscherlabor) und einem verpflichtenden Angebot (Musik/Kunst, Sport, Computerführerschein, Arbeiten mit Holz/Metall) gewählt. Das gesamte Angebot umfasst über 40 Werkstätten. Sie können auch jahrgangübergreifend stattfinden. Ab Jahrgang 7 ist der verpflichtende Teil der Wahlpflichtbereich; die Schüler wählen aus drei Fächerblöcken einen vierstündigen (z.B. die zweite Fremdsprache Französisch, Türkisch, Spanisch) und zwei zweistündige Kurse aus. Dies wird ergänzt durch eine 2-stündige freie Werkstatt. Die erworbenen Kompetenzen werden durch Zertifikate dokumentiert.

Wochen-/Jahresstruktur in Stufe 9 - 10: Die Jahrgänge 9 - 10 werden im Laufe des „Hochwachsens“ der „Neuen MBS“ ebenfalls umgestaltet: Lernbüro und Umgang mit der Leistungsdifferenzierung, Projektunterricht, Werkstätten, „Raus aus der Schule“, ...

Fachunterricht, Umgang mit der äußeren Leistungsdifferenzierung, innere/klas-seninterne Differenzierung: Bis Jahrgang 10 findet alles Lernen in leistungsheteroge-

nen Gruppen statt.. In den traditionell leistungsdifferenziert unterrichteten Fächern Deutsch, Englisch, Mathematik und Naturwissenschaften erhalten die Schüler zwar eine Niveau-Zuweisung, die allerdings keine Kurszuweisung ist; die Schüler bleiben in der Regel in der heterogenen Gruppe, meist dem Klassenverband. Von Fall zu Fall finden flexible Differenzierungen statt.

„Raus aus der Schule“: Die Elemente der Öffnung der Schule sind Kooperation mit außerschulischen Partnern und Lernen an außerschulischen Lernorten (Betriebe, Museen, Bibliotheken, Vereine, Stadtteilinitiativen, Museen, Theater, ausländische Schulen, Mali-Projekt), Langzeitprojekte, Praktika, Auslandsaufenthalte.

Langzeitprojekt: Zunächst für den Jahrgang 8 wurde das Langzeitprojekt konzipiert. Für 4 bis 6 Wochen sind die Schüler außerhalb der Schule auf einem Segeltörn, einer Alpenwanderung, einer Radtour auf historischen Pfaden, ... Die Langzeitprojekte werden im vorangehenden Jahrgang 7 , manchmal schon ab Jg. 5, inhaltlich und organisatorisch vorbereitet.

Betriebspraktika: Das dreiwöchige Betriebspraktikum in Jahrgang 9 dient einer Einführung in die Arbeitswelt, dem schließt sich für ca. vier Monate wöchentlich ein außerschulischer Lerntag im Betrieb mit einer Besonderen Lernaufgabe an (BeLa). Die Bewältigung der Besonderen Lernaufgabe wird schulisch begleitet, sie wird abschließend einer Schulöffentlichkeit präsentiert.

Mali-Projekt: Beginnend 2001 wurde eine intensive Partnerschaft mit einer Schule in der Stadt Bandiagara in Mali aufgebaut. Das erste Projekt vor Ort war die Montage einer Photovoltaik-Anlage. 2005 wurde eine Wasserpumpe installiert. Das vorerst letzte Projekt vor Ort ist der Aufbau eines Kantinenbetriebes gemeinsam mit den dortigen Partnern, eine Voraussetzung dafür, dass auch mehr Kinder aus der Umgebung die Schule besuchen können. Seit Beginn

der Partnerschaft gab es vier Projektreisen nach Mali.

Rituale: In der Grundschule beginnend, werden Aufgaben von Schülern übernommen. Hierzu gehören Klassenämter, aber auch die „Chefaufgabe“ (Für eine in der Klasse zu erledigende Lernaufgabe wird ein Kind zum „Chef“ erklärt und vom Lehrer eingewiesen. Der Chef berät die anderen Schülerinnen und Schüler, gibt Tipps und stellt fest, ob die Aufgabe richtig gelöst wurde. Erst wenn der Chef nicht weiter weiß, wird ein Lehrer eingeschaltet. Alle Kinder übernehmen abwechselnd Chefaufgaben.) Zu den Ritualen der Primarstufe gehören Weihnachtssingen, Freitags-Disco, Faschingsfest, Fußballturnier, ein Theaterbesuch, Leseprojektwoche, die Kunstausstellung am Schuljahresende. In der Sekundarstufe wird diese Arbeit in zahlreichen, standardmäßig wahrgenommenen Aktivitäten fortgeführt (u.a. Einschulungs- und Abschlussfeste, Streitschlichtung, Teilnahme an Wettbewerben, Musikfest, Fest im Volkspark). Regelmäßige jahrgangsverknüpfende Aktivitäten sind: Gestaltung der Einschulung für die Vorschule und die Schulanfänger durch den Jg. 4, Gestaltung des Tages der 4. Klassen durch den Jg. 5, Gestaltung der Einschulung der 5. Klassen durch den Jg. 6, Organisation der Verpflegung der 10. Klassen bei der Abschlussfeier durch den Jg. 9, Vorstellung der Praktikumserfahrung des Jg. 9 für den Jg.8, Verpflegung der Abiturienten während der Prüfungen durch den Jg. 12, Organisation eines Buffets bei der Abiturfeier durch den Jg. 12.

Profiloberstufe: Die Schüler der Oberstufe wählen ab Klasse 12 eines der drei inhaltlich definierten Profile: **Mensch in der Gesellschaft** (Profilfach „Politik, Gesellschaft, Wirtschaft“ (PGW) (4); Profilkurse Psychologie (2), Biologie (4), Kunst (2); Seminarkurs (2)), **Umwelt** (Profilfach Biologie (4); Profilkurse Philosophie (2), Geographie (4), Chemie (2); Seminarkurs (2)), **Sprachen- und Kulturreichtum** (Profilfach Geschichte (4); Profilkurse Religion (2), Musik (2), Englisch (4); Seminarkurs (2)). Hierdurch werden

über einen Kurs hinaus stabile Lerngruppen geschaffen. An einem Tag der Woche (Profiltag) findet (fast) nur Unterricht in den Profilmächern statt. Dadurch entstehen für projektartiges Arbeiten notwendige längere Zeiten sowie die Möglichkeit unproblematisch Exkursionen durchzuführen. Zur Arbeit in den Profilen gehört eine profilbezogene Studienreise im ersten Semester, für die jeder Schüler/jede Schülerin sich ein Projektthema erarbeitet. Die Ergebnisse werden schulöffentlich präsentiert.

Kommunikation/Schulentwicklung/Gremien: Die Schule konzentriert sich bei der Umgestaltung zur Neuen MBS auf sieben Bereiche (Säulen genannt): Lernbüro, Projektunterricht, Werkstätten, Außerschulisches Lernen, Ganztags, Teamstruktur und Architektur. Außer den üblichen durch die rechtlichen Vorgaben bestehenden Gremien (Schulkonferenz, Schülerrat, Elternrat, Lehrerkonferenz, ...) gibt es Maßnahmen und Institutionen, die der Kommunikation, der Meinungsbildung, der Fortentwicklung der Schule dienen: Jährliche Informationsbroschüre für die Eltern, (bis zu jährlich 3) Elternsprechtag, Schülersprechtag, Klassenrat, Schülerparlament (Primarstufe), Schulsprecherkollektiv (Jg. 5 - 13), Elternvollversammlung, Teamkonferenzen, Teamsprecher-Konferenz (TSK), Fachkoordinatoren-Konferenz (FKK), „Säulengruppen“ (entsprechend den „Säulen“ der Neuen MBS), Steuergruppe, Konzeptgruppe für die Profiloberstufe, „Fifty-Fifty“-Gruppe (Schüler-/Lehrergruppe, die Energie einsparende Maßnahmen berät und koordiniert sowie über die Verwendung der erwirtschafteten Finanzmittel berät).

Kommentar

Bei der Darstellung musste aus Platzgründen ein Kompromiss gefunden werden: Die Darstellung benutzt als Ausgangspunkt Struk-

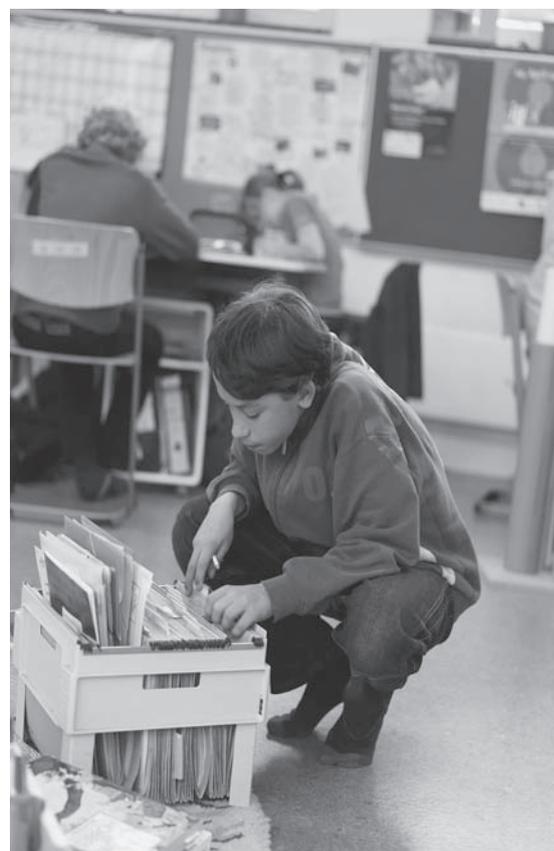
tur und Bausteine der Stufe der Jahrgänge 5 - 8. Auf die Grundstufe (Jahrgänge 0 - 4) wird nicht im Einzelnen eingegangen. Die Jahrgänge 9 - 10 werden noch Gegenstand der Umgestaltung durch das Hochwachsen der „Neuen Max-Brauer-Schule“ sein. Die Oberstufe wird nur in ihren Grundzügen dargestellt.

Für die Schule ist das Vorhandensein der verschiedenen Schulstufen und deren Verknüpfung in einer Organisation mit gemeinsamem Kollegium und gemeinsamer Schulleitung äußerst wichtig und identitätsstiftend. So gehen wesentliche Ideen bei der Konzipierung der Profiloberstufe auf Anregungen aus der Grundschule zurück.

Quellen

Barbara Riekmann ist Schulleiterin in der Max-Brauer-Schule.

Ausführlicher informieren die Websites: www.maxbrauerschule.de und www.elternrat-maxbrauerschule.de ♦



Individualisiertes Lernen



Bildung ist ein Recht und keine Ware

Veranstaltung mit Vernor Muñoz in Oldenburg



Der Bundesvorsitzende der GGG, Lothar Sack (rechts) im Gespräch mit Vernor Muñoz und dem Landesvorsitzenden der GEW Niedersachsen, Eberhard Brandt

(elh) „Bildung ist kein Wettbewerb und kein Geschäft.“ Die Worte von Vernor Muñoz, aus dem Spanischen übersetzt in hunderte Kopfhörer, kamen gut an beim Publikum im voll besetzten Saal des Kulturzentrums PFL. Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung war am 7. Juni 2009 zu Gast in Oldenburg. Eingeladen hatte ihn Ulf Riebau, unterstützt von vielen Verbänden, die sich für ein inklusives deutsches Schulsystem einsetzen u.a. von GEW und GGG, die die Veranstaltung maßgeblich mit finanzierten. Bildung werde heute zu sehr auf Wirtschaftsinteressen reduziert, kritisierte Muñoz in seinem Vortrag. Dabei solle das Lernen – als Teil des Menschenrechts – aus seiner Sicht vor allem ein würdiges Leben mit Chancen-

gleichheit in allen Bereichen ermöglichen. Als Hindernisse für Bildung nannte Muñoz fehlende Lernmittel, Schulgebühren oder das Fehlen von Mahlzeiten. „Wenn man den Kindern Essen gibt, gehen sie auch in die Schule“, betonte er, schließlich sei dies in vielen Ländern oft die einzige richtige Mahlzeit am Tag. Vor rund zwei Jahren hatte Muñoz auch das Bildungssystem in Deutschland vor dem UN-Menschenrechtsrat kritisiert und damit für viel Wirbel gesorgt. „Hier gibt es eine große Ungleichheit bei Schülern mit Migrationshintergrund“, bemerkte er auch diesmal. Mit den Teilnehmern der anschließenden Podiumsdiskussion mit Vertretern aus

Politik, Gewerkschaften und Wissenschaft lag Muñoz mit seiner kritischen Haltung auf einer Wellenlänge. So beklagte Rolf Wernstedt (SPD), ehemaliger Niedersächsischer Kultusminister, eine egoistische Mentalität. Bei vielen Eltern gelte, „dass alle Hindernisse wie Migranten, Behinderte oder schwer Erziehbare vom eigenen Kind entfernt werden sollen.“ Dieser „Kernbestand deutschen Denkens“ sei noch nicht überwunden.

Einhellig sprachen sich die Teilnehmer für ein inklusives Bildungssystem aus, in dem alle Kinder gemeinsam und barrierefrei lernen können – unabhängig von Migrationshintergrund, Behinderung oder sozialem Status.

Auf die Frage, was sich dabei im deutschen Schulsystem ändern müsse, antwortete Muñoz: „Es muss sich nur eine Sache ändern: alles.“

Im Wortlaut:

Vortrag von Vernor Muñoz: http://munoz.uri-text.de/VernorMunoz_7teJuni09_OL_deutscheUebersetzung.pdf ♦

Neu erschienen!

ISSN 1431-8067

GGG

Die Blaue Reihe
Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

GGG

Gemeinnützige
Gesellschaft
Gesamtschule

40 Jahre
Gesamtschulen
in Hessen

mit einer Vorgeschichte
von weiteren 20 Jahren seit der Landesgründung

Ursula Dörger
Recherche und Zusammenstellung

58

6,- EUR (3,- EUR für Mitglieder)
Zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle
und den Landesverband Hessen

ANNE RATZKI

Gewerkschaftstag der GEW in Nürnberg

Die GEW setzt sich für ein inklusives Schulwesen und die Erweiterung des Gesamtschul-Angebots ein

Der Gewerkschaftstag 2009 in Nürnberg hat Zwei-Säulen-Modellen mit einem einstimmigen Beschluss eine klare Absage erteilt und den Erhalt und Ausbau der integrierten Gesamtschule gefordert. „Nur ein inklusives Schulwesen bietet die Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer Herkunft zu fördern und auf aktuelle Schülerzahlentwicklungen angemessen reagieren zu können. ... Solange die GEW-Forderung nach einer Schule für alle in den Bundesländern keine politische Mehrheit gefunden hat, unterstützt die GEW inklusive Schulsysteme, die gemeinsames Lernen ohne Selektion verfolgen. In den meisten Bundesländern bleibt der Erhalt und Ausbau der integrierten Gesamtschule von Jahrgang 0 bis 13 in staatlicher Trägerschaft unverzichtbar...“ (DS 110) Im Mittelpunkt der bildungspolitischen Beratungen stand mit der Drucksache 110 „Einsatz für integratives Schulsystem verstärken – jede Verschlechterung abwehren“ ein Antrag, der sehr differenziert die gegenwärtige Situation der gewerkschaftlichen Forderung nach einer Schule für alle zwischen Gesamtschule, Gemeinschaftsschule und Zweigliedrigkeit aufgriff.

Dieser Antrag war unter Federführung von Susanne Gondermann (Vorsitzende der Bundesfachgruppe Gesamtschule) in enger Kooperation mit den GEW-Vorsitzenden der „Gesamtschulländer“ Niedersachsen, NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und Hessen langfristig vorbereitet worden. Die Situation in den Ländern ist sehr unterschiedlich, wie die folgenden Beispiele zeigen:

In **Schleswig-Holstein** wird die Gemeinschaftsschule als Gesamtschule wahrgenommen – es gibt bisher eine hohe Nachfrage. Allerdings werden Gymnasium und Förderschulen nicht angetastet. Die Gesamtschu-

len sollen zu Gemeinschaftsschulen werden. Damit ist eine erhebliche Verschlechterung der Standards verbunden: Die Klassengröße wird um 5 Schüler erhöht, die Lehrkräfte arbeiten drei Stunden mehr und die Differenzierungsstunden werden gestrichen. Gymnasiallehrer meiden die Gemeinschaftsschulen, weil sie dort drei Stunden länger arbeiten müssten – das gefährdet den gymnasialen Bildungsgang. Die Landesregierung unterstützt die Gemeinschaftsschulen nicht durch Ressourcen.

Das Ergebnis ist real einen Dreigliedrigkeit mit verschlechterten Bedingungen für die Gesamtschulen/Gemeinschaftsschulen.

In **Rheinland-Pfalz** regiert die SPD mit absoluter Mehrheit. Es gibt zur Zeit eine Vielzahl von Kombi-Schulformen, dazu Gymnasien und Förderschulen. Gesamtschulgründungen sind möglich und werden in großer Zahl vorgenommen. In den letzten drei Jahren gab es eine Steigerung von 19 Gesamtschulen 2006 auf 34 Gesamtschulen 2007 und 50 Gesamtschulen 2008. Die SPD lässt die Dinge laufen, weist aber manchmal aus unerfindlichen Gründen Gesamtschulanträge ab. In diesem Jahr fanden immer noch 2000 Schüler keinen Platz an einer Gesamtschule.

In **Hamburg** sollen nach Einführung der Zweigliedrigkeit 2010 die Gesamtschulen aufgelöst werden. Dabei sind Gesamtschulen, die überregional wegen ihres pädagogischen Konzepts bekannt sind und mit dem deutschen Schulpreis ausgezeichnet wurden. In der Stadtteilschule sollen Hauptschule, Realschule und Gesamtschule als Zweitschule für Nicht-Gymnasiasten zusammengefasst werden. Es gibt starken Widerstand in Hamburg von Seiten der Gymnasial-Elternschaft (Initiative „Wir wollen lernen“), nicht so sehr von Seiten der Gesamtschulen, die nach den

bisherigen Verschlechterungen bei der Ausstattung eher resignieren. Gleichwohl regt sich in den Gesamtschulen Unmut, der noch in politische Aktivitäten umschlagen kann.

Niedersachsen verzeichnet einen Gesamtschul-Boom. Nachdem vor der letzten Wahl Ministerpräsident Wulff das Gesamtschul-Gründungsverbot aufgehoben hatte, werden im nächsten Schuljahr 12 neue Gesamtschulen starten. Die Kommunen müssen bei der Antragstellung hohe Hürden überwinden: Die geforderte 5-Zügigkeit ist in ländlichen Gemeinden schwer oder gar nicht zu erreichen. Im E-mail-Verteiler der GEW sind 70 Gesamtschulinitiativen. Bürgermeister und Landräte aller Parteien wollen Gesamtschulen, um bei zurückgehenden Schülerzahlen ein vollständiges Schulangebot mit allen Bildungsgängen aufrecht zu erhalten. Die Voten in den Kommunalparlamenten sind oftmals einstimmig. Die ehemaligen GEW-Vorsitzenden Dieter Galas und Richard Willmers sind als Berater der Initiativen viel gefragt. Die Gesamtschulen erfahren breite Unterstützung: Vor allem durch die GEW, die durch direkte Ansprache der Regierenden, Information und Vernetzung Gesamtschulen stabilisiert; dann den Landeselternrat (vertritt alle Schulformen) und die Schülervertretung, durch gemeinsame Aktivitäten aller Oppositionsfraktionen, durch die Presse, durch viele Eltern vor Ort. Auch der Niedersächsische Landkreistag und der Städtetag fordern das Recht, ungehindert Gesamtschulen einrichten zu können.

Die Regierungskoalition setzt ihren Kampf gegen die Gesamtschulen fort. Nun soll auch an Gesamtschulen das Abitur nach 12 Jahren eingeführt werden und die zukünftigen Abiturienten sollen ab der 6. Klasse in einem getrennten Zug unterrichtet werden. Dies wird von einer breiten Mehrheit nicht akzeptiert. Schüler und Eltern demonstrieren, „verteidigen ihre Schule“. Es hat sich sogar eine CDU-Initiative für Gesamtschulen gebildet, die mit Parteiaustritten und Wahlkampf-Abstinenz droht. www.cdu-waehler-fuer-gesamtschulen.de GEW-Vorsitzender Eberhard Brandt: „Die halten ihre Politik nicht durch.“



Aus D en Ländern

BADEN-WÜRTTEMBERG

Unübersichtlich aber nicht hoffnungslos.

Eine Sache scheint sicher: die Werkrealschule (WRS) kommt. Sie soll möglich werden für Hauptschulen, die mindestens zweizügig fahren. Diese können Anträge auf Umgestaltung in WRS stellen. Die Einzügigen müssen bleiben, was sie sind: Hauptschulen.

Baden-Württemberg bekommt damit eine Schulart mehr und bewegt sich damit gegen den allgemeinen Trend der Bundesländer, die versuchen, die in die Krise geratene Hauptschule abzuschaffen. „Wenn etwas nicht funktioniert, gibt es zwei Möglichkeiten: reparieren oder abschaffen. Baden-Württemberg hat sich für einen dritten Weg entschieden: umbenennen“ (Oliver Trenkamp, SPIEGEL Online). Auch Doro Moritz, GEW- Vorsitzende in BW, spricht in diesem Zusammenhang von „Etikettenschwindel“.

Kultusminister Rau dagegen sieht in der WRS die „Weiterentwicklung“ der umstrittenen Hauptschule. In ihr sollen Schüler nach neun Jahren einen Hauptschulabschluss oder- für die „Begabteren“- nach der zehnten Klasse die mittlere Reife machen können.

Wie dem auch sei, die Landesregierung bleibt bei ihrem Konzept: Erhaltung des gegliederten Schulwesens, wenn es sein muss auch mit anderen Namensschildern an der Haustür.

Im Gegensatz dazu passiert in den Kommunen einiger Städte etwas völlig anderes: Es werden Anträge auf Gründung von „Schulen nach skandinavischem Vorbild“ gestellt (z.B. in Karlsruhe).

Auch in Heidelberg geschieht etwas sehr Interessantes und Unerwartetes:

Die Stadt „will sich um die Bildung der Kinder kümmern, nicht mehr nur um Schulgebäude und die Verwaltung ihrer städtischen Angestellten. Deshalb wurde aus dem städtischen Schulverwaltungsamt das Amt für

Schule und Bildung“ (Rhein Neckarzeitung vom 18.7.09).

Das pikante an der Sache ist der Wechsel von Stephan Brühl vom Landesdienst zur Stadt. Er ist der neue Leiter des Amtes für Schule und Bildung, wo er laut dem Bericht in der RNZ Dinge vertritt, die in krassem Widerspruch zur Politik seines ehemaligen Arbeitgebers, der Landesregierung von BW stehen. Nur ein Beispiel: Auf die Frage, wie es nach der vierten Klasse in Heidelberg weitergehen solle, sagt er: „...mein Wunsch wäre, dass die Kinder länger gemeinsam lernen. Ich bin sehr unzufrieden mit der Segregation nach der vierten Klasse“.

Na bitte, geht doch!

Mein Wunsch wäre, dass die Ministerialbeamten der Kultusverwaltung mal öfter in den Dienst der Gemeinden und Kommunen wechseln würden. Das könnte unser schönes Bundesland gewaltig voranbringen.

JÜRGEN LEONHARDT

BAYERN

Profilbildung der Schule

In Reaktion auf das Herunterfahren der musischen Fächer im G8 hat die Städtische Willy-Brandt-Gesamtschule in München (die einzige Gesamtschule Bayerns) seit dem Schuljahr 2006/2007 eine Schwerpunktbildung in Sport, Musik und Kunst eingerichtet. So können Schüler/innen, die in diesen Bereichen besonders interessiert und talentiert sind, bereits bei der Einschreibung einen Schwerpunkt wählen und werden dann in diesem Schwerpunkt in bis zu 6 Wochenstunden unterrichtet. Um dieses Angebot besonders effektiv zu machen, hat die Schule Kooperationen mit außerschulischen Partnern gesucht.

• Sportschwerpunkt

Schüler/innen lernen verschiedene Sportarten kennen und spezialisieren sich auf eine

Um die erfolgreiche Strategie der GEW Niedersachsen auszuwerten, bietet die GEW Nordrhein-Westfalen zusammen mit der Bundesfachgruppe Gesamtschule eine Strategie-Beratung für die GEW in Gesamtschulländern an. Die GEW Niedersachsen lädt Interessierte aus Nicht-Gesamtschulländern zu Gesprächen mit Gesamtschulinitiativen und Kommunalpolitikern aller Parteien ein.

Auch in **Nordrhein-Westfalen** erfreuen sich die Gesamtschulen einer steigenden Akzeptanz bei den Eltern. In diesem Jahr mussten wieder 17 000 Kinder abgelehnt werden, was dem Bedarf von 100 zusätzlichen 6-zügigen Gesamtschulen entspricht. Die Gesamtschule gilt als Alternative zum G8-Gymnasium. Leider meldete sich aus der GEW-NRW kein Redner zu diesem Antrag zu Wort. Die folgenden Informationen füge ich aus persönlicher Kenntnis an.

M.W. wird es zum neuen Schuljahr nur 2 neue Gesamtschulen geben, in Hemer und Bonn. Die Landesregierung erschwerte Gründungen durch die Verweigerung des Ganztags für Gesamtschulen und die Maßgabe, dass mindestens ein Drittel der Anmeldungen gymnasialempfohlene Schüler sein müssten. Die Stadt Bonn hat vor dem Verwaltungsgericht Köln ein Urteil erstritten, das die Unwirksamkeit dieser Vorschrift feststellt, da es im Schulgesetz dafür keine Handhabe gibt.

In NRW gibt es eine große Zahl von Initiativen für eine gemeinsame und inklusive Schule. Dabei ist auch die evangelische Kirche. Inzwischen hat sich der katholische Diözesanrat von Münster für weitere Gesamtschulen und gegen Zweigliedrigkeit ausgesprochen, ebenso die katholische Elternschaft von Münster. Die SPD unterstützt die Gesamtschulen nicht, da sie im Wahlprogramm die Gemeinschaftsschule festgeschrieben hat. Dies könnte sich als großer Fehler erweisen, da Gesamtschule bei den Eltern bekannt ist und nachgefragt wird, während Gemeinschaftsschule unbekannt ist. Evtl. Anti-Gesamtschul-Argumente werden von Gegnern genauso auf die Gemeinschaftsschule angewandt. ♦

Sportart wie Basketball oder Hockey. Hier kooperiert die Schule auch mit außerschulischen Trainern. Es ist durchaus ein Ziel, dass die Schüler/innen Interesse für entsprechende Sportvereine entwickeln.

• Musikschwerpunkt

Hier erhalten die Schüler/innen Keyboardunterricht an einem der 16 Keyboards der Schule. Die Schule arbeitet mit der Städtischen Sing- und Musikschule zusammen.

• Kunstschwerpunkt

Die Schüler/innen erhalten eine vertiefte Beschäftigung mit der darstellenden Kunst, Kooperation mit freischaffenden Künstlern und regelmäßiger Besuch verschiedener Museen gehören dazu.

Theater-/Tanzfestival „Rampenlichter“

Das diesjährige Theater-/Tanzfestival fand vom 19.-23. Juli im Theater „schwere reiter“ statt. Veranstaltet wurde es vom „Institut für angewandte Kulturelle Bildung“ und der „Pädagogischen Aktion/Spielen in der Stadt e. V.“ in Zusammenarbeit mit dem „Patho-transporttheater“.

„Rampenlichter“ präsentierte die Produktionen von Gruppen der Städt. Willy-Brandt-Gesamtschule, der Hauptschule Perlacher Straße, der Hauptschule Ichostraße und des Tanz- und Theaterensembles „Bühnenstürmer“, die im laufenden Schuljahr in Tanz- und Theaterprojekten erarbeitet wurden.

Die Texte, Szenen und Tanzchoreografien des Beitrags, an dem Schülerinnen und Schüler der Städt. Willy-Brandt-Gesamtschule beteiligt waren, entstanden aus den Erfahrungs- und Ideenwelten der Kinder und Jugendlichen. Ausgangspunkt der Proben und Improvisationen waren ihre Wünsche, Vorstellungen und Ideen, und nicht fertige Textvorlagen oder Schrittfolgen. „Glaubst du? Wer bin ich?“ war ein internationales Theater-/Tanz-/Filmprojekt mit Jugendlichen aus München und Dnepropetrowsk sowie Künstlern.

Die Akteure recherchierten mit der Filmkamera in kulturellen Gemeinschaften in

München und in Dnepropetrowsk (Ukraine), in denen die teilnehmenden Jugendlichen aktiv sind und fragten sich: „Wer bin ich? Woran glaube ich? Wo komme ich her, wo gehe ich hin?“ Aus den Begegnungen, Ritualen, Fragen und Kontroversen entwickelten sie interkulturelle Szenen und Geschichten für das neue Theater-/Tanz-/Filmprojekt.

ANDREA OESTREICHER

BERLIN

Die bildungspolitische Debatte um den Schulstruktur-Umbau in Berlin geht in die nächste Runde. Dabei ergeben sich interessante Gegensätze und Gemeinsamkeiten. In der Presse kann man häufig lesen, dass hier Interessengegensätze von SPD und Linken aufeinanderstoßen. Die Wirklichkeit ist komplizierter. Da beschließt der SPD-Landesparteitag am 17. Mai „Die Gemeinschaftsschule bleibt das Ziel der Berliner SPD.“ Die Koalitionsfraktionen (also SPD und Linke) beschließen im Abgeordnetenhaus „Die bevorstehende Weiterentwicklung der Schulstruktur durch die Errichtung einer integrativen Schulform in der Sekundarstufe, die alle bisherigen Bildungsgänge einschließt und zu allen Abschlüssen, einschließlich Abitur, führt, ist ein wichtiger Zwischenschritt in Richtung eines ungegliederten, nicht auslesenden Schulsystems.“ Und weiter „Die Gemeinschaftsschule wird als schulstufenübergreifende Schulform rechtlich abgesichert.“

www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/PlenarPr/p16-050bs2479.pdf

Aber im Schulgesetzentwurf, der in der Bildungsverwaltung erarbeitet worden ist, kommt z.B. die Gemeinschaftsschule bei der Definition der Schularten gar nicht vor. Dazu Steffen Zillich, der bildungspolitische Sprecher der Linken: „Kein Gesetz kommt so aus dem Parlament heraus, wie es als Entwurf hineingegangen ist.“ Noch kurz einige Eckpunkte der Strukturumwandlung: Die Bildungsgangempfehlung am Ende

der Grundschule entfällt; Haupt- und Realschule werden zusammengelegt und bilden zusammen mit den Gesamtschulen die neue „Integrierte Sekundarschule“; Gymnasien und (vorerst auch) Förderschulen bleiben erhalten, ebenso grundständige Gymnasien, sie werden aber nicht ausgebaut; Sekundarschule und Gymnasium führen beide zum Abitur und vergeben auch die anderen Schulabschlüsse; Eltern haben das Wahlrecht bei der Anmeldung in Schulen des Sekundarbereichs; Schulen (Sekundarschulen und Gymnasien) mit Übernachtfrage wählen mind. 60% der Schüler selbst aus, mind. 30% der Plätze werden durch Los vergeben, 10% sind für sog. Härtefälle vorgesehen; Klassenfrequenzen: 25 an der Sekundarschule, 29 beim Gymnasium; das Gymnasium kann Schüler, die am Ende der 7. Klasse nicht versetzt werden, zwangsweise an die Sekundarschule abschieben, danach gilt ein Abschlusssperre, soviel zur (mancherorts behaupteten) Gleichwertigkeit von Sekundarschule und Gymnasium; die Sekundarschule kennt kein Sitzenbleiben; sie ist Ganztagschule.

Wie man sieht, ist auch Berlin trotz dreier Parteien, die sich die gemeinsame Schule für alle auf ihre Parteitagsfahnen geschrieben haben, von einem Bildungskonsens für eine stringente Umsetzung dieses Zieles weit entfernt. Die Rangeleien gehen weiter.

Der GGG-Landesverband Berlin bereitet eine „G-Schul-Tag“ unter dem Titel „Vom unterrichtet Werden zum Lernen“ vor. Er wird stattfinden am Freitag, dem 13. November 2009, 14.00 bis ca. 19.00 Uhr in der Fritz-Karsen-Schule.

LOTHAR SACK

HAMBURG

Noch vor den Sommerferien hat die Schulsenatorin einen Referentenentwurf zum Schulgesetz und einen Schulentwicklungsplan 2010-2017 vorgelegt. Der Schulgesetzentwurf setzt im Wesentlichen um, was bereits in der Koalitionsvereinbarung und in den Rahmenkonzeptionen zu den

Schulformen dargestellt worden ist. Eine Änderung ist politisch bereits abgesichert. Während der Referentenentwurf noch vorsieht, die Albert-Schweitzer-Schule, die im derzeitigen Schulgesetz als „Gesamtschule besonderer pädagogischer Prägung“ geführt wird, wie alle anderen Langformschulen in eine Primarschule und eine Stadtteilschule aufzuteilen, ist jetzt vorgesehen, bei den parlamentarischen Beratungen zu prüfen, ob diese Schule auch als Gesamtschule besonderer Prägung erhalten bleibt.

Der Schulentwicklungsplan sieht vor, dass es in Hamburg ab Jahrgangsstufe 7 künftig 51 Stadtteilschulen und 61 Gymnasien geben soll. Der Erhalt aller Gymnasien überrascht. Er erklärt sich aber aus der Berechnungsgrundlage, die dem Schulentwicklungsplan zugrunde liegt. Die Planer trauen sich eine Prognose künftiger Schülerströme nach Einführung von Primarschulen, Stadtteilschule und Gymnasien nicht zu und greifen auf die statistischen Daten aus dem Jahr 2008 zurück. Es ist in der Tat schwer zu prognostizieren, welche Auswirkung die Maßnahme haben wird, dass künftig nur noch der Schüler oder die Schülerin ein Gymnasium besuchen darf, dem die Zeugiskonferenz der Primarschule bescheinigt, dass er / sie „die Voraussetzungen für den gymnasialen Bildungsgang“ erfüllt.

Wenn es die Schulform Gesamtschule ab dem Schuljahr 2010/2011 nicht mehr geben soll, so bleiben doch alle Standorte als Stadtteilschulen erhalten. Die ursprüngliche Ankündigung, dass alle Stadtteilschulen eine gymnasiale Oberstufe erhalten sollen, hat sich nicht realisieren lassen. Für die Führung von Oberstufen werden unterschiedliche Modelle vorgeschlagen. Es gibt das Modell, dass zwei oder drei Stadtteilschulen eine „gemeinsame Oberstufe“ führen, wie das im Einzelnen aussieht, ist offen. Sehr häufig ist an eine Kooperation der Oberstufe einer Stadtteilschule mit einem Gymnasium gedacht. Doch es gibt auch weiterhin Stadtteilschulen, die ihre Oberstufe selbstständig führen.

An mehreren Standorten reichen die Räume nicht aus, um eine dreizügige Primarschule unterzubringen, an 22 von ihnen nutzen die Schulen Räume benachbarter Gymnasien. Bisher sind es lediglich drei Primarschulen, die nach der Klasse 3 die Schule teilen und mit den Klassen 4, 5 und 6 die Räume eines Gymnasiums nutzen. Es ist aber offen, ob es nicht auch an weiteren Standorten zu einer solchen horizontalen Teilung kommt, was für die Schüler und Schülerinnen einen Wechsel nach Klasse 3 und nach Klasse 6 bedeuten würde. Dahinter steht auch ein Verlangen der CDU allen Eltern die Möglichkeit zu geben, nach Klasse 3 noch einmal zu entscheiden, welche Primarschule ihr Kind ab Klasse 4 besuchen soll.

So stecken allein in der organisatorischen Umsetzung der Schulreform noch viele offene Fragen, die kritisch verfolgt werden müssen, da von den Lösungen, die für sie gefunden werden, abhängt, ob längeres gemeinsames Lernen gefördert oder behindert wird.

Der Landesverband Hamburg der GGG und die Initiativen „Eine Schule für Alle“ und „Pro Schulreform“ unterstützen mit einem „Hamburger Aufruf für längeres gemeinsames Lernen“ die Einführung der Primarschule. Wir tun das, da die sechsjährige Primarschule ein erster Schritt zum längeren gemeinsamen Lernen sein kann, dem aber weitere folgen müssen.

JÜRGEN RIEKMANN

HESSEN

Hessen aktuell

Nach einer längeren Phase mit einer geschäftsführenden Regierung wird die Schulpolitik in Hessen nunmehr von einer CDU/FDP Regierung bestimmt. Die Neugründung von IGSn wird durch eine Gesetzesvorlage erschwert, die für neue IGSn künftig nicht zwei sondern mindestens drei Eingangsklassen vorsieht. Dies erscheint vor dem Hintergrund der Entwicklung zur selbstständigen Schule, den zurückgehenden Schülerzahlen und der Ausrichtung hin

zu kompetenzorientiertem und individuellem Lernen eine eher rückwärtsgewandte und ideologisch an der Dreigliedrigkeit ausgerichtete Politik zu sein. Die von der GGG und vielen anderen Vertretern bei den Anhörungen im Landtag abgegebenen Stellungnahmen mit einem eindeutigen Votum für die Beibehaltung der Zweizügigkeit wurden letztlich im politischen Entscheidungsprozess nicht ausreichend gewürdigt.

Im Gegensatz zur schulpolitischen Ausrichtung zeigt die Realität der Schulwahl der Eltern ein deutliches anderes Signal. Obwohl viele Eltern und Schüler ausdrücklich den Besuch der IGS wünschen, kann dem in einigen Kreisen, allen voran Frankfurt, nicht entsprochen werden. Die inhaltlichen Aktivitäten der pro IGS Elterninitiativen werden von der hessischen GGG tatkräftig unterstützt. Auch hier fehlt offensichtlich der politische Wille zur Realisierung der Elternwünsche.

Die innere Weiterentwicklung der IGS war seit den letzten Tagungen ein Arbeitsschwerpunkt der GGG-Hessen. Den letzten hessischen Gesamtschultag zum 40-jährigen Bestehen der GGG an der Frankfurter Ernst-Reuter-Schule besuchten 156 Teilnehmer. Nach einem kurzweiligen Rückblick mit Sigi Fey, Gerhard Johannes Stratenwerth und Klaus Teichler, lebendig moderiert von Otto Herz, setzte sich Gabriele Belenberg mit dem Thema „Gelingendes Lernen an Gesamtschulen“ auseinander. Die 20 teilnehmenden Schulen konzentrierten ihre Angebote und Darstellungen auf die Veränderung des schulischen Lernens. Sie zeigten Modelle, Erprobungen und bereits etablierte Konzepte zum individuellen und kompetenzorientierten Lernen. Damit setzen wir unsere Arbeit fort, die maßgeblich auf die Initiative des ehemaligen Landesvorsitzenden Gerd Ulrich Franz zurückgeht, der in Beatenberg, CH, ein schulisches Konzept von individuellem Lernen in besonderer Ausprägung kennen lernte. Noch jetzt – nach 5 Jahren – zeigt der Erfolg der von uns durchgeführten Klausuren im Institut Beatenberg, dass bei Lehrkräften ein

großes Bedürfnis für ein verändertes Lernen besteht. Die 10. Fahrt ist ausgebucht; die 11. Klausur findet vom 29.01.-02.02.2010 statt.

Anfang November wollen wir eine Regionalgruppe aus den ehemaligen Beatenberg-Teilnehmern im Rhein-Main-Gebiet konstituieren, die die Realisierung von individuellen Lernwegen und Prozessen an ihren eigenen Schulen reflektieren und Erfahrungen austauschen soll. Die Teilnehmer können wiederum als Multiplikatoren Anstoß für weitere Entwicklungsvorhaben an IGSn geben.

Die regionalen Fortbildungsreihen „Vom Lehrer an einer IGS zum IGS-Lehrer“ haben sich bewährt und werden mit immer mehr beteiligten Gesamtschulen fortgeführt. Mit einem Lernjournal hatten die Teilnehmer in der letzten Runde 2008/09 erstmals Gelegenheit, ihre eigene Lernbiographie gezielt zu reflektieren, wie der Paradigmenwechsel vom Lehrer zum Lernbegleiter gelingen kann.

Nachwuchs für die IGS wird auch im Bereich der Führungskräfte ein gewichtiger Arbeitsschwerpunkt. In der hessischen GGG werden erste Ansätze zur regionalen gemeinsamen Fortbildung von Schulleitern und an Schulleitung Interessierten konzeptionell erarbeitet und mit Interessenten in einem dialogischen Prozess weiter entwickelt.

Die zahlreichen Arbeitsgebiete des Vorstandes, der seit zwei Jahren verstärkt arbeitsteilig und teamorientiert die GGG Hessen aktiv im Blick Schulöffentlichkeit zeigt, führte in der jährlichen Sommerklausur des Vorstands dazu, die Schwerpunkte der Arbeit für die kommenden Jahre neu zu definieren und Eckpunkte für ein hessisches Strategiepapier zu formulieren.

Auf eine Veröffentlichung im Rahmen der blauen Reihe weisen wir besonders gern hin. Frau Dr. Ursula Dörger, frühere Referentin für IGSen im Hessischen Kultusmi-

nisterium, hat rückblickend 40 Jahre IGS Arbeit kurzweilig und informativ zusammengestellt.

GABI ZIMMERER

RHEINLAND-PFALZ

Schulstrukturreform beginnt

Mit Beginn des Schuljahres 2009/10 wird in Rheinland-Pfalz die durch das Bildungsministerium angekündigte Schulstrukturreform umgesetzt. In diesem Rahmen nehmen 10 Integrierte Gesamtschulen ihre Unterrichtsarbeit auf. Insgesamt gibt es damit 35 IGS'en im Land.

Gleichzeitig starten die ersten 122 „Realschulen plus“. 91 Schulen waren bisher „Regionale Schule“, 31 werden neu gebildet aus bisherigen Haupt- und Realschulen.

Ende Juni hat das Bildungsministerium die Optionen für das Schuljahr 2010/11 bekannt gegeben: danach soll es im kommenden Jahr 17 weitere Integrierte Gesamtschulen und 50 neue „Realschulen plus“ geben.

Das bildungspolitische Ziel der Landesregierung ist es, bis 2013 alle Hauptschulen im Land aufzulösen. Nach einem Zwei-Säulen-Modell soll es dann nur noch Realschule plus auf der einen Seite und die Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen auf der anderen Seite geben.

Weitere Informationen finden sich im Internet unter der Adresse: igs.bildung-rp.de

FRANZ-JOSEF BRONDER

SAARLAND

Zum 2. Mal wurde der mit 20 000 EUR dotierte Saarländische Schulpreis verliehen. Den 1. Preis nahmen mit großer Begeisterung die Schüler(innen) und Lehrer(innen) der Saarbrücker Grundschule Am Ordensgut entgegen. Diese Freiwillige Ganztagschule nahe mehrerer „sozialen Brennpunkte“ integriert behinderte Schüler(innen). Mich haben bei mei-

nem Besuch die Streicherklassen fasziniert. Jedes Kind lernt Geige bzw. Cello – konzentriert, aufmerksam, erfolgreich.

Den zweiten Preis erhielt die ERS Freisen – sie ist auf dem Weg Team-Gesamtschule zu werden – Anerkennungspreise die Gesamtschule Türkismühle und die ERS Saarbrücken-Klarental. Dem Hörer der Laudationes wurde klar, wie schwer es der Jury gefallen sein muss, zwischen diesen ausgezeichneten Schule eine Rangfolge festzulegen.

Jurymitglied war das GGG-Mitglied Dr. Jörg Schlömerkemper, früher Pädagogikprofessor in Frankfurt am Main. Er hielt die Festansprache und erhielt herzlichen Beifall.

Am 24. Juni war Jörg Schlömerkemper Gast der GGG – Saarland bei „Gesamtschule – Gute Unterhaltung – Gut Essen und Trinken“ im Saarbrücker Bistro Malzeit. Vortrag, Diskussion, Musik wechselten von 19.00 - 22.00 Uhr. Thema waren die Erfahrungen des Jurymitglieds und seine Überlegungen, wie aus guten Schulen bessere Schulen werden können.

Am 03. Juli wurde Klaus Winkel nach 23 Dienstjahren aus der saarländischen Lehrerfortbildung verabschiedet. Für die GGG grüßte Hans-Peter Kirsten-Schmidt.

Ursula Gressung-Schlobach übergibt den Landesvorsitz aus persönlichen und dienstlichen Gründen an ihren bisherigen Stellvertreter Günther Clemens.

Bis zu den Landtagswahlen am 30. August ist der GGG-Vorstand mit den Parteien im Gespräch. Die Entscheidung ist aus bildungspolitischer Sicht klar: CDU und tendenziell auch FDP bestehen auf der Trennung der Schüler(innen) nach dem 4. Schuljahr, Inklusion bleibt ihnen ebenso fremd wie die Ganztagschule. SPD, DIE GRÜNEN und DIE LINKE vermitteln den Eindruck, dass sie den Positionen der GGG nahe stehen.

KLAUS WINKEL

Der Bundeskongress boomt

Die 31. Auflage 2009 in Hamburg ist bereits ausgebucht

(elh) Ob es daran liegt, dass die GGG 40 Jahre alt wird, oder der Kongressort Hamburg, die Max-Brauer-Schule in Hamburg-Bahrenfeld und das Kongressangebot so attraktiv sind – es ist wie es ist: der 31. Bundeskongress der GGG ist seit dem Ende Juli komplett ausgebucht. 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich verbindlich angemeldet, 20 stehen derzeit noch auf der Warteliste und hoffen auf eine Teilnahme.

Der Bundesvorstand und die Vorbereitungsgruppe freuen sich sehr über das große Interesse am Kongress und an der GGG. Ganze Jahrgangsteams und ein komplettes Schulkollegium, Elternvertreter und Mitglieder von Behörden wollen kommen. Anlässlich des Kongresses hat es bislang mehr als 25 Neueintritte in die GGG gegeben.

Attraktive Angebote

Das Freitags-Programm, das in erster Linie ein Fortbildungsangebot für die Region gedacht war, wurde von Teilnehmern aus der ganzen Republik angewählt. Dabei stellten sich die Hospitationsangebote an den Schulpreisträger- bzw. nominierten Schulen als der Renner heraus und waren bereits Anfang Juni vollständig belegt.

Die Workshops am Freitag und Samstag – mit dem Ziel der Vertiefung einzelner Aspekte der pädagogischen Praxis des individuellen Lernens (Kompetenzraster, Lernlandschaften, kommunikatives – individuelles Lernen, Kontinuität und durchgängige Prinzipien von 1-10; verschiedene fachliche Schwerpunkte; ...) – erwiesen sich als attraktives Angebot, auch hier war die Nachfrage groß, einzelne Fächer schnell ausgebucht.

Auch die von den Experten aus Finnland, Schweden, Dänemark, Südtirol und Polen eingetragenen Workshops, die über die aktuelle schulpolitische Situation und Ent-

wicklungen in den jeweiligen Ländern informieren, erfreuten sich großer Nachfrage. Für die Hauptveranstaltung am Sonnabend Nachmittag mit dem Beitrag von Hans-Günther Holtappels „Zur bildungspolitischen Situation in Deutschland“ und der sich anschließenden Podiumsdiskussion mit Bildungspolitikern, den internationalen Gästen und weiteren Experten befreundeter Verbände werden über 250 Personen erwartet. Damit stößt der Kongress an die Kapazitätsgrenzen der Aula in der Max-Brauer-Schule. Dies ist einerseits erfreulich, andererseits bedauerlich, denn einige Stammgäste des Kongresses fehlen in der Anmeldeliste noch. Wer sich also bislang noch nicht angemeldet hat, wer in der traditionellen Gewohnheit früherer GGG-Kongresse einfach so zu kommen gedenkt, riskiert möglicherweise, keinen Platz mehr zu finden.

Anmeldung zwingend erforderlich

Deshalb die herzliche und dringende Bitte an alle, die noch kurzfristig am Kongress teilnehmen wollen: Setzen Sie sich unbedingt vorher mit der Bundesgeschäftsstelle in Verbindung, wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung finden.

Alle, die sich angemeldet haben, erhalten in den nächsten Tagen eine Bestätigung per E-Mail, der auch die Zuordnung zu den Hospitationsangeboten und Workshops zu entnehmen ist.

Fragen jedweder Art beantworten die Bundesgeschäftsstelle gerne. Die Kontaktaufnahme geschieht am besten per E-Mail geschaeftsstelle@ggg-bund.de unter Angabe der Telefonnummer oder direkt telefonisch 04971/94668-0.

Die aktuellsten Informationen zum Kongress sind auf den GGG-Webseiten unter www.ggg-bund.de zu finden.

Auf Wiedersehen in Hamburg! ♦

TERMINE

11. bis 12.-09.2009

Grundschulverband – Grundschulkongress, Frankfurt/Main

11.09.2009

GGG-LV Hessen – Tagung für Führungskräfte-Nachwuchs an IGSn

18.09. bis 20.09.2009

GGG-Bund – Bundeskongress und Mitgliederversammlung in Hamburg

10.10. bis 14.10.2009

GGG-LV Hessen – Seminar und Schulbesuch Institut Beatenberg (10), CH

18.10. bis 24.10.2009

Fesch – GGG-LV-NRW

Auf dem Weg aus Auslese und Spaltung – Schule und Gesellschaft in Nordirland – ein Seminar vor Ort

07.11.2009

GGG-LV-NRW

Gemeinsam Lernen – Grundschule und Gesamtschule, Landeskongress in der Gesamtschule Fröndenberg

13.11.2009

GGG-LV Berlin – G-Tag in der Fritz-Karsen-Schule

13.11.2009

GGG-LV Hessen – Regionalgruppe Frankfurt ehemaliger Beatenberg-Teilnehmer

20. bis 21.11. 2009

GGG-Bund – Bundesvorstandssitzung und Hauptausschuss, Unna/Hannover

14.bis 15.01.2010

GGG-Bund – Bundesvorstandssitzung, Stededorf

29.01. bis 02.02.2009

GGG-LV Hessen – Seminar und Schulbesuch Institut Beatenberg (11), CH

13.02.2010

GGG-Bund – Revision in der Bundesgeschäftsstelle, Stededorf

12. bis 13.03. 2010

GGG-Bund – Bundesvorstandssitzung und Hauptausschuss, Unna/Hannover

16. bis 20.03. 2010

Bildungsmesse „Didacta“, Köln

KOMMENTAR



GERHARD LEIN

Längeres gemeinsames Lernen – aber in der Gesamtschule!

Seit einem Jahr hat die GGG ein neues Profil: Verband für längeres gemeinsames Lernen. Wer vor diesem Hintergrund die schulpolitische Entwicklung Hamburgs, der Stadt des diesjährigen GGG-Kongresses bewertet, muss zu einer eindeutigen Feststellung kommen: In Hamburg werden alle Kinder zwei Jahre länger gemeinsam lernen. Die erfolgreiche Grundschulpädagogik kann ihre Arbeit um zwei Jahre verlängern. Die Iglu-Studie bescheinigte der Grundschule durchgängig deutliche Lernzuwächse für alle im Gegensatz zu den Sekundarschulen mit – je nach Schulform – sehr unterschiedlichen Fortschritten. Ein richtiger Schritt also!

Betrachtet man die Entwicklung aus der Sicht der Gesamtschule und ihrer bisherigen Rolle im Bildungsanbieter-Konzert, dann müsste man zu einem klar anderen Ergebnis kommen: Seit Jahren werden über 30% aller Fünftklässler in Hamburg auf die Gesamtschule geschickt, sie war und ist die anerkannte Alternative zum gegliederten Schulwesen und agierte entsprechend selbstbewusst. Jetzt soll sie Teil eines zweigliedrigen Schulwesens werden und ihr Alleinstellungsmerkmal aufgeben. Das trifft die Gesamtschulfamilie Hamburgs ins Mark! Ist also Widerstand notwendig?

Die Wahrheit ist wie immer komplizierter. Und die heißt Gymnasium. Machen wir uns nichts vor: Ein beträchtlicher Teil der Gesamtschullehrer schickt die eigenen Kinder

nicht auf die eigene Schulform, auch wenn sie die bessere Alternative ist. (Ausreden, sie sei zu weit vom Wohnort der Kinder entfernt gibt's für den Stadtstaat Hamburg nicht!) Die CDU ist eine klare Gymnasiums-Partei, den Privilegien und Elite-Träumen ihrer Klientel verpflichtet; die jeweilige Gymnasiums-dichte der Stadtteile bzw. die Gymnasiums-Übergangsquote korreliert eng mit den Wahlkreis-hochburgen dieser Partei. Die SPD verlässt trotz langjähriger klarer Programmatik aktuell immer wieder der Mut, längeres gemeinsames Lernen **für alle** in politisches Handeln umzusetzen. Viele ihrer Anhänger haben als erste ihrer Familien das Abitur (an einem Gymnasium) geschafft und reagieren entsprechend sentimental. Und die Grünen? Machen Koalitionskompromisse – jetzt mal mit der CDU: Vor zwei Jahren hatten sie das sogenannte Zweisäulenmodell noch empört und mit Emphase abgelehnt und ihr „9 macht klug“ trotzig als Alternative angedient. Was gibt man nicht alles für die Machtbeteiligung auf! Aber: Wäre es mit der SPD sicherer gewesen, zu einer Schule für alle zu kommen? Die Stadtteilschulen sollen alle den direkten Weg zu den drei Abschlüssen, also auch zum Abitur eröffnen. Und zwar ohne Schulwechsel wie früher bei den Haupt- und Realschulen über die Aufbaugymnasien und andere Schlenker. Das ist gut, muss aber auch Maßstab sein.

Zu beobachten ist in Hamburg allerdings, dass bestimmte Primarschulen sich um besondere Nähe zu Gymnasien bemühen und ihre Schüler bereits nach der 3. Klasse in ein gymnasiales Umfeld verschieben möchten. Zwar unter Primarschulhoheit, aber der Duft des gymnasialen Umfeldes soll schon mal abfärben.

Das könnte man fast noch schlucken, wenn da nicht der drakonische Zwang wäre, dass die bisherigen sogenannten Langformschulen, also Gesamtschulen von 1 - 10 (oder 13), zerschlagen werden sollen. Das bisherige Bildungshaus mit einem gemeinsamen Kollegium, wie es die gastgebende Max-Brauer-Schule, aber auch zahlreiche andere Gesamtschulen es bieten, soll aufgelöst werden. Selbst die Haupt- und Realschulen arbeiten in Hamburg fast ausschließlich als Schulen von 1 – 10. Die Stadtteilschule erst ab Klasse 7? Ich halte dies für einen schweren Konstruktionsfehler und eine schlechte Hypothek. Die pädagogische Kontinuität einer Schule für alle wird zerschlagen.

Wird diese schwarz-grüne Schulreform im Interesse aller Schülerinnen und Schüler ein Erfolg? Nur wenn wir sie als Station, also Zwischenschritt begreifen auf dem besonders in Deutschland sehr langen Weg zu einer Schule für alle, die nicht mehr unnötig früh nach Leistung (in Wirklichkeit natürlich nach Sozialstatus des Elternhauses) auseinander sortieren wird. ♦